

Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volkstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Robert Ullrich, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: August Fabian, Magdeburg. — Verlag von Hermann Gorbunow, Magdeburg. — Druck von Franz Göttsche, Magdeburg. — Geschäftsstelle: Jakobstraße 49, Fernsprecher 1587. — Redaktion: Dr. Mühlstraße 3, Fernsprecher 961. — Pränumerando zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährlich (inkl. Frangobrief) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf. — Der Anzeiger in Deutschland monatlich 1 Exempl. 1.70 Mk., 2 Exempl. 2.80 Mk. — In der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährlich 2 Mk., monatlich 70 Pf. — Bei den Postanstalten 2.25 Mk. zuzüglich Postgebühren. — Einzelne Nummern 5 Pf., Sonntags- und ältere Nummern 10 Pf. — Anfertigungsgebühr die sechsseitige Beilage 15 Pf. — Post-Zustellung Nr. 8162

Nr. 94.

Magdeburg, Donnerstag den 23. April 1903.

14. Jahrgang.

Das Reichsarbeitsblatt.

Soeben geht uns wie der gesamten Presse die erste Nummer des „Reichsarbeitsblattes“ zu, welches vom kaiserlichen statistischen Amt, Abteilung für Arbeiterstatistik, herausgegeben wird. Wie der Verlag mitteilt, ist es vom statistischen Amt beauftragt, die Fortsetzung der Presse aller Parteien dauernd kostenlos zuzustellen. Eigentlich ist dieses Entgegenkommen selbstverständlich, da die anerkanntswerten Arbeit des statistischen Amtes ihren Zweck verfehlt, wenn sie nicht der gesamten Presse zugänglich gemacht wird. Immerhin werden die deutschen Scharfmacher bereits an der gleichen notwendigen Berücksichtigung der Zeitungen Anstoß nehmen, soweit diese Blätter nicht den Interessen der Unternehmer beschreiben sind.

Die Abteilung für Arbeiterstatistik, der auch unser Genosse Wolfenbühler angehört, hat sich unzweifelhaft ein wissenschaftliches Verdienst mit ihrer ersten Nummer erworben und wollen wir hoffen, daß alles geschieht, um das Blatt auf der Höhe zu halten. Für die Berichterstattung des Blattes ist, wie die amtliche „Verl. Korresp.“ mitteilt, eine umfassende Organisation zustande gebracht worden. Nicht weniger als 1000 Stellen, darunter zahlreiche Vereinigungen von Unternehmern und Gewerkschaften senden der Abteilung ihre Jahresberichte; ungefähr 4000 Krankenkassen, zirka 350 Arbeitsnachweise und etwa 250 Firmen, Gesellschaften usw. haben sich zu regelmäßigen jährlichen Referaten an das statistische Amt bereit erklärt.

Das Blatt erstreckt sich getreu den Beschlüssen des Reichstags auf alle Gebiete, die mit den Verhältnissen der arbeitenden Klassen im Zusammenhang stehen. Die soziale Gesetzgebung des In- und Auslands wird von der Abteilung für Arbeiterstatistik verfolgt und — soweit das möglich ist — im Rahmen des Blattes berücksichtigt werden. Namentlich wird die Bewegung des Arbeitsmarktes sorgsam verfolgt werden.

Die erste Nummer unterrichtet zunächst über die für die Abteilung für Arbeiterstatistik gültigen rechtlichen Bestimmungen und berichtet sodann über den Arbeitsmarkt. Interessante Erläuterungen veröffentlicht das Blatt über die Art und Weise, in welcher die Lage des Arbeitsmarktes statistisch festgestellt werden kann.

Ueber die Lage des Arbeitsmarktes heißt es in dem Bericht:

Der Arbeitsmarkt zeigt im Monat März im allgemeinen eine leichte Tendenz zur Besserung. Dieselbe ging zum Teil aus dem Baugewerbe und erstreckte sich auf die mit dem Baugewerbe im Zusammenhang stehenden Industrien, zum Teil handelte es sich um den Beginn der Frühjahrssaison in einzelnen Saisonindustrien. Über auch unabhängig davon war in einzelnen Industrien eine Besserung zu beobachten.

Die leichte Tendenz zur Besserung ist für die Arbeiterschaft natürlich nur ein geringer Trost, zumal eine Steigerung in einigen Branchen überhaupt nicht zu spüren ist. So war nach dem „Reichsarbeitsblatt“ der Geschäftsgang im Kohlenbergbau nicht zufriedenstellend. Es war ein starkes Ueberangebot von Arbeitskräften vorhanden und in der Braunkohlenindustrie fanden Verfürungen der Arbeitszeit statt. In der Schmelzwalzenfabrikation war der Geschäftsgang, soweit Nachrichten vorliegen, noch schleppend bei gedrückten Preisen. Im Eisenbahnbau war eine Besserung nicht zu beobachten: die Beschäftigung war im ganzen verflochtenen Quartal eine flaute, bei ungewöhnlichem Ueberangebot an Arbeitskräften und teilweise bei verkürzter Arbeitszeit. — In der Fabrikation von halbwollenen und baumwollenen Futterstoffen sowie reinwollenen Damenkleidern offen im Elberfelder Industriebezirk entsprach die Beschäftigung noch nicht normalen Anforderungen. In der Fabrikation von Sammet war die Beschäftigung sehr gering. — Schlechter Geschäftsgang und großes Ueberangebot von Arbeitskräften bestand in der Lederhandlungsindustrie. — In der Spielwarenindustrie Sondersberg war das Geschäft sehr still; es bestand Ueberflutung an männlichen Arbeitern. Vielfach wurde mit verkürzter Arbeitszeit gearbeitet. — Soweit Nachrichten aus der elektrischen Industrie vorliegen, war der Geschäftsgang noch flau und bestand ein Ueberangebot von Arbeitskräften.

Ueber Arbeitsvermittlung und Arbeitslosigkeit veröffentlicht das Blatt Tatsachen, die ohne jeden agitatorischen Zusatz ein erschütterndes Bild von dem Elend im Proletariat liefern.

Das kaiserliche statistische Amt hat für eine Anzahl größerer Städte des Reiches eine Zusammenstellung der in diesen Städten etwa bestehenden grundsätzlichen Bestimmungen über Notstandsarbeiten in Aussicht genommen und hat zu

diesem Zwecke eine Umfrage an 57 Städte im Reiche gerichtet, zu denen auch Magdeburg gehört. Magdeburg hat geantwortet:

Zu Notstandsarbeiten werden nur angenommen solche Personen, welche den Unterstützungswohnsitz in Magdeburg haben und verheiratet sind. Einberufen werden zunächst Verheiratete mit drei Kindern und darüber und von Verheirateten mit zwei Kindern solche, welche fünf Wochen und darüber arbeitslos sind. Der Lohnsatz beträgt 2,25 Mark für anstrengendere Arbeiten und 2 Mark für leichte Arbeiten.

Von den statistischen Mitteilungen sei erwähnt, daß sich in Stuttgart am 2. Februar d. J. bei der amtlichen Arbeitslosenzählung 605 männliche Arbeiter und 9 Arbeiterinnen als gänzlich arbeitslos gemeldet haben. Als mit verkürzter Arbeitszeit beschäftigt meldeten sich 267 männliche und 9 weibliche Personen.

Am 12. Oktober 1902 waren in Dresden nach der städtischen Erhebung 5268 männliche und 1424 weibliche Arbeitslose, oder unter Zuzug der Fehlerquote 6368 männliche und 1664 weibliche, zusammen 8032 Arbeitslose vorhanden. Scheidet man die Arbeitslosen aus, welche in den erst seit 1895 eingemeindeten Stadtteilen wohnen, so waren in Dresden Arbeitslose vorhanden:

am 6. Juni 1895: 3126 männliche, 1700 weibliche, 4826 zusammen,
am 2. Dezember 1895: 4528 männliche, 1514 weibliche, 5942 zusammen,
am 12. Oktober 1902: 4696 männliche, 1391 weibliche, 6087 zusammen.

Im Verhältnis zur Einwohnerzahl betragen im Sommer 1895 die männlichen 19 Prozent, die weiblichen 10 Prozent, die Arbeitslosen überhaupt 14,4 Prozent; dagegen im Herbst 1902 die männlichen 25 Prozent, die weiblichen 7 Prozent, die Arbeitslosen überhaupt 18,4 Prozent.

Das Kapitel der Arbeitsstreitigkeiten ist durch Angabe über die Auswärtsbewegung des Jahres 1902 vertreten. Die ausführliche Statistik der „Streiks und Ausperrungen im Jahre 1902“ befindet sich im Druck und wird demnächst erscheinen. Die Arbeit wird von gewerkschaftlicher Seite noch geprüft werden. Die Gesamtsumme der im Jahre 1902 beendeten Streiks betrug nach der amtlichen Statistik 1060 gegen 1056 im Vorjahre. Die Höchstzahl der streikenden Arbeiter betrug im Jahre 1902 53 912 gegen 55 262 im Jahre 1901. Die Streikenden hatten im Jahre 1902 in 228 Fällen vollen, in 235 Fällen teilweisen, in 597 Fällen keinen Erfolg.

Von 46 Ausperrungen im Jahre 1902 hatten 30 vollen, 7 teilweisen und 9 keinen Erfolg. Also leider haben die Unternehmer bei ihren Untrieben recht große Erfolge gehabt.

Ueber Gesetzgebung und über die Tätigkeit der Gewerbegerichte bringt das Blatt wichtiges Material, welches es schon allein verlohnt, daß das Blatt die weiteste Verbreitung findet. Zumal es auch für diejenigen, denen es nicht kostenlos zugänglich ist, nur 10 Pfennig pro Nummer und für den Jahrgang 1 Mark kostet, darf es in keiner Arbeiterbibliothek fehlen und muß namentlich allen zugänglich gemacht werden, welche für die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie agieren, denn die Tatsachen sind halsstarrige Dinge, — im Deutschen Reiche ganz besonders, wenn sie amtlich konstatiert worden sind. —

Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 22. April 1903

Der Schutz des Wahlgeheimnisses angenommen!

bg. Berlin, 21. April. Der Reichstag versammelte sich nach den Osterferien in einer Sesssion, die um die Grenze, wo Wahlberechtigung und Wahlunfähigkeit sich scheiden, herumverdelte. Präsident Graf v. Helldorf über den die schwebende Schmeißer einen Tag Coupee-Arrest verhängt hatten, eröffnete die Sitzung mit den Begrüßungsworten, wie sie nach einer längeren Vorbereitungszeit, und mit einem warmen Nachruf auf die verstorbenen freimütigen Abgeordneten Münkel und Knörke, deren Andenken das Haus in gewohnter Weise durch Erheben von den Sigen ehrt.

Nach debattelloser Erledigung einer kleinen Vortage trat das Haus in die Beratung der Verfassungsentwürfe. Sicherung des Wahlgeheimnisses ein, jener Vorlage, die der Hof der konservativen Wahlvereinigungen auf den Schutzbann eines „Notengesetzes“ getauft hat. Zunächst gab es eine kurze Geschäftsordnungsdebatte. Abg. Gröber, der Zentrumsjurist, stellte sich, daß es bei der Vorlage um eine Bekanntmachung oder Verordnung des Bundesrats handelt, die war der Zustimmung des Reichstages bedarf, aber in abgekürzter Form behandelt. D. h. in einer Lösung erledigt werden muß. Graf Posadowsky — Graf Bülow

war nicht anwesend — schloß sich dieser Auffassung an, dagegen machte Herr Camp verschämte Obstruktionsversuche und befürwortete unter der Hand drei Lesungen. Das Haus tat dem Schwärmer für offene Stimmabgabe und Gütejugenglied aber nicht den Gefallen, sondern beschloß gemäß dem Antrag Gröber, für den sogar die deutschkonservative Partei sich erklärte. Herr Camp und sein Reichstagsfraktionchen blieben somit isoliert.

Die Beratung der Vorlage gestaltete sich recht lebhaft, wenn auch nach der eingehenden Präferenzierung Neues naturgemäß nicht vorgebracht werden konnte. Die Herren von der Rechten, Camp und Simburg, bemühten sich, wie die Redner der Linken mit Recht betonten, böswilligen Wahlvorstehern Anweisungen zu geben, wie man den verhassten Bestimmungen ein Schnippchen schlagen könne. Die Vertreter des Zentrums, der Polen, Elsäßer und Welfen, sowie Herr Baffermann für die Nationalliberalen sprachen sich für die Vorlage aus; der Welfe v. Schelle-Wunstorf brachte das Kunststück fertig, die Herstellung des 1866 verpfändeten Königreichs Hannover mit dem Wahlreglement in Verbindung zu bringen. Graf v. Allee streifte ihn in die Parade, stellte aber dabei staatsrechtlich unhaltbare Grundzüge auf, die, sollten sie zur unangefochtenen Gültigkeit gelangen, geeignet sind, die parlamentarische Freiheit aufs äußerste zu gefährden. — Von der Linken sprachen sich unsere Genossen Geck und Bloss, sowie die freimütigen Pachnik, Richter und Gaußmann-Böhligen für die Vorlage aus, ohne ihre prinzipielle Unzulänglichkeit zu verkennen. Von Abänderungsanträgen sah die Linke ab, um die Fortschritte nicht zu gefährden, welche die Vorlage immerhin bringt. Graf Posadowsky verhielt sich durchaus ablehnend gegen weitere Verbesserungen, jagte aber der Rechten ironisch-höflich ein paar bittere Wahrheiten, die den Haß der Ultra-Scharfmacher gegen den Reichsgrafen des Innern beträchtlich steigern dürften.

Die Vorlage wurde mit großer Mehrheit angenommen; gegen sie stimmten nur die beiden konservativen Fraktionen (mit drei Ausnahmen). — Am Mittwoch stehen die zweiten Lesungen des Phosphor- und des Krankenkassengesetzes auf der Tagesordnung. —

Die Eisenbahnverstaatlichung vor dem Landtag.

bg. Berlin, 21. April. Das Abgeordnetenhaus hielt heute nach der Osterpause die erste Sitzung ab. Die noch ausstehenden Eisenbahnverstaatlichungsvorlagen wurden der Budgetkommission überwiesen. Der Eisenbahnminister nahm dabei Gelegenheit über die Schneeverwehungen der letzten Tage ausführliche Mitteilungen zu machen. Viel Neues, was die Zeitungen nicht schon berichtet hätten, war in den Mitteilungen aber nicht enthalten. Der Schaden, den die Eisenbahnverwaltung erleidet, ist natürlich noch nicht zu schätzen, selbstverständlich werden aber die erfreulichen etwa 55 Millionen Mehreinnahmen, die in den letzten 6 Monaten gegen das Vorjahr erzielt worden sind, erheblich geschmälert werden.

In einer langen Diskussion gab ein vom Zentrum unterstützter konservativer Antrag des Abgeordneten Beiche Anlaß, die Regierung um Vorlage eines Gesetzesentwurfs zu ersuchen, nach welchem Kontingente, bestehend aus einem Saute mit Garten in der Mindestgröße von einem halben Morgen, durch Vermittlung der Rentenbank abbezahlt werden können. Die Antragsteller wollen mit diesem Antrag angeblich die Arbeiterwohnungsfrage ihrer Lösung einen Schritt näher bringen. Sie wollen den Arbeiter „lebhaft machen“ und es ist nicht wunderbar, daß die Regierung solchen Wünschen wohlwollend gegenübersteht. Wenn die Sache nicht Geld kosten würde, hätte der Finanzminister gewiß gar nichts einzuwenden gehabt. Der freimütige Abgeordnete Girsch legte in längeren Ausführungen klar, wie weitläufig die Verstaatlichung eines solchen Rentenbestandes für Arbeiter dann werden muß, wenn er angenommen ist fern von der beabsichtigten Scholle Arbeit zu haben, wie sehr die für den Arbeiter notwendige Bewegungsfreiheit dadurch beeinträchtigt werden kann. Der Antrag wurde schließlich gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Zuletzt kam noch ein Antrag der freimütigen Abgeordneten Ernst und Münder auf Erledigung von Ausschüssen und Genußgesellschaften für militärische und andere Beamte der Staatseisenbahnen zur Verhandlung. Der Antrag fand weder beim Militär noch bei den übrigen Vertretern rechte Gegenliebe; es wurde dem aber mit der Ueberweisung an die Budgetkommission ein Begräbnis erster Klasse erteilt.

Morgen stehen die Sekundärsitzungen an. Die Vorlage betreffend die Verstaatlichung von Eisenbahnen wird in der Sitzung a. M. und Antikontingente auf der Tagesordnung. —

Der Anti-Alkohol-Kongress.

Der in Bremen jenseits beendete Anti-Alkohol-Kongress hat unzweifelhaft neues Material zur Würdigung der Alkoholgefahr geliefert. Leider hat die Debatte über das Thema „Mäßigkeit oder Abstinenz?“ schließlich eine bedauerliche Schärfe angenommen. Wir haben nie einer Abstinenz das Wort geredet und stets nur den leider vielfach verbreiteten übermäßigen Gebrauch von Alkohol in Arbeiterkreisen verdammt, weil wir wissen wie sehr sowohl der einzelne Arbeiter, wie dessen Familie, und vor allem die Arbeiterbewegung darunter leidet, wenn sich Arbeiter dem „Dämon Alkohol“ hingeben, unter dem wir lediglich eine unmäßige Verwendung von alkoholhaltigen Getränken verstehen.

Ein Augenzeuge des Kongresses schreibt in der „Bremer Bürgerzeitung“, unserem dortigen Parteiblatt:

Die Entstehung dieses Tumults ist ebenso interessant und charakteristisch wie seine Verlegung. Professor Dr. Gueppe aus Prag, der wissenschaftliche Vertreter der „Mäßigkeit“, eine echt „nationalliberale“ Kompromisnatur, nicht rechts, nicht links, nicht warm, nicht kalt, mit eitlem Selbstgefälligkeit gern seine Verdienste um alles, was da Kraut und Senf berührt, hatte auch wieder betont, daß das Bier nicht so schlimm sei wie der Schnaps, während Dr. Delbrück-Bremen kurz zuvor an der Hand anschaulicher Tabellen den Nachweis geliefert hatte, daß gerade der zunehmende Bierkonsum die Zunahme des Alkoholismus im ganzen trotz abnehmender oder gleichbleibender Getreidekonsums bewirkt. Herr Gueppe rief Genosse Dr. Großhans-Wien und den Hamburger Guttempler Klumppen entgegen. Letzterer ist bekanntlich einer der radikalsten und konsequenteren Vertreter der Sozialabstinenz. Er machte Herrn Gueppe dafür verantwortlich, daß von Anfang an ein so gegensätzlicher Ton in die Verhandlungen gekommen sei. Das habe die Anhänger Gueppe's zu launem Widerspruch auf: Schlußnahme und lobender Vorkühnen beider Seiten machte für einige Minuten jede Verhandlung unmöglich, bis es endlich einem schlichten, gewerbetätigen und politisch organisierten Arbeiter, dem Genossen Faustin, gelang, das Wort zur Geschlichtung zu erlangen. Er beschaffte sich sofort Gebirg und unter dessen Hilfe er den vor innerer Erregung noch zitternden gesamten Damen und Herren der beschuldigten Gesellschaft eine folgende kleine Vorlesung: er sei als einfacher Arbeiter auf den Kongress gekommen, um aus den dort zu Tage gefördernden wissenschaftlichen Tatsachen zu lernen. Er sei sehr überrascht, daß ein so unverantwortliches Verhalten auf diesem Kongress seitens gebildeter Herren und Damen möglich sei. Demnach der Verfall, hinter dem die Bürgerlichen ihre Verheimlichung steckten, folgte diesen Worten und ohne weiteren Zwischenfall ging der Kongress zu Ende.

Es war dies nicht das einzige Mal, daß auf dem Kongresse aus sozialdemokratischen Munde Argumente und Tatsachen vorgebracht wurden, die einen Seiten um Seite über eine solche Moralisererei und Rederei auf ein höheres Niveau hoben. Es soll aber auch konstatiert werden, daß demartige Anführungen nicht lebhaften zum Teil geradezu schamhaften Beifall fanden. Die hohe Bedeutung der Sozialdemokratie für die Lösung der Alkoholfrage wurde von einem großen Teil der Kongressteilnehmer augenblicklich mehr anerkannt, als sie es nach außen hin zuzugeben mochten.

Wir wissen, daß durch die Selbstzerstörung des Proletariats bereits innerhalb unserer heutigen Zustände viel gegen den Mißbrauch mit geistigen Getränken geschieht kann: die Hauptursache des Alkoholismus ist trübsal, der Kapitalismus, kann erst durch den Sieg der Sozialdemokratie ausgerottet werden.

Deutschland.

Berlin, 22. April. Umfänglicher Nachweisung zufolge hat die Einnahme an Wechselstempelsteuer im

Deutschen Reiche für das Rechnungsjahr 1902: 12 072 637,60 Mark oder 347 690,40 Mark weniger als im vorigen Jahre betragen.

Die jenseits ausgegebene Nummer 18 des „Reichsgesetzblattes“ enthält den Vertrag zwischen dem Reich und Luxemburg über den Betrieb der Wilhelm-Luxemburg-Eisenbahnen, vom 11. November 1902; und die Bekanntmachung, betreffend die Vereinbarung erleichternder Vorschriften für den wechselseitigen Verkehr zwischen den Eisenbahnen Deutschlands und Luxemburgs, vom 15. April 1903.

Die in diesen Tagen unternommene Berliner Reise des rumänischen Ministers des Innern hat wie der hiesige rumänische Gesandte dem „Berl. Tagebl.“ mitteilt, keinerlei amtlichen Charakter. Der Minister beabsichtigt vielmehr nur, seine Kinder, die auf Berliner Schulen ausgebildet werden, zu besuchen.

Wohlfahrts-Einrichtungen für Beamte und Arbeiter. Der Minister der öffentlichen Arbeiten hat unterm 10. April einen neuen Erlaß, betreffend die Wohlfahrts-Einrichtungen für Beamte und Arbeiter, an die Eisenbahndirektionen gerichtet, in dem im Anschluß an den Erlaß vom 28. März d. J. über die von den Kommissaren des Ministers in Bezug auf die Instandhaltung und Ueberwachungs-Einrichtungen, sowie die Wohnungsverhältnisse gemachten Wahrnehmungen Mitteilungen gemacht, und die Behörden aufgefordert werden, diesen Fragen dauernde Aufmerksamkeit zuzuwenden. Soweit die örtliche Verhältnisse in Frage kommt, ist in erster Linie der Dienstverwalter zur sorgfältigen Ueberwachung bemüht, dem seine täglichen Gänge durch den Bezirk die beste Gelegenheit dazu bieten. — Ob es sich um eine gutgemeinte Ueberwachung im Interesse der Arbeiter oder um eine Vernachlässigung der Arbeiter selbst handelt, bleibt abzuwarten.

Zum Florenbeische teilt die Münchner „Allg. Ztg.“ mit, daß von deutscher Seite nichts geschehen ist, um den Versuch herbeizuführen. — Damit wird an dem diplomatischen Mißerfolg nichts geändert.

Die Umkleung eines amerikanischen Panzergeschwaders in die europäischen Gewässer unterbleibt nämlich ganz, wie das „Berl. Tagebl.“ aus anscheinend sicherer Quelle heute mitteilt.

Eine Interpellation über die gemahregelten Regierungspräsidenten im Abgeordnetentage kündigt die „Deutsche Tagesztg.“ an. Da wird die Regierung wohl wieder vom „Tischrückenreden“ reden und dabei gleichzeitig gutwütig zu den Fäulnis der Rechten hinüber blinzeln.

Folge des Burenkrieges. Der Kaiser hat angedeutet, daß für das ganze Jahr eine neue Krimka aus seinem Reich eingeführt wird. — Endlich hat sich also der Kaiser bis zu einem gewissen Grade den militärtechnischen Vorschlägen des Genossen Bebel angeschlossen. Mögen kann diese Anordnung aber nur, wenn auch die blanken Knöpfe und Helme verschwinden.

Wozu die Staaten Geld haben. Wie der „Sozial-Ztg.“ aus Mailand berichtet wird, ist der verhaftete italienische Sozialist, der sich in Genua in strenger Haft

befindet, das Haupt der internationalen Spionage. Er hat ein Jahreseinkommen bis zu 30 000 Frank. Italien lehnt die Auslieferung wegen Hochverrats und Landesverrats ab.

Bismarck als Gewaltanwärtig. Bismarck hat in mehreren jetzt in der „Post, Ztg.“ und anderen Blättern veröffentlichten Briefen sehr viel Majestätsbeleidigungen ausgesprochen. Aus Versailles — unmittelbar nach der Kaiserproklamation — schrieb er z. B. am 21. Januar 1871:

„Mein Viebling, ich habe Dir schrecklich lange nicht geschrieben verzeih, aber diese Kaisergeburt war eine schwere und Könige haben in solchen Zeiten ihre wundenlichen Gefühle, wie Frauen, bevor sie der Welt hergeben, was sie doch nicht behalten können. Ich hielt als Monarch mehrmals das dringende Bedürfnis, eine Bombe zu sein und zu plagen, daß der ganze Bau in Trümmer gegangen wäre. Nötige Geschäfte greifen mich wenig an, aber die unangenehm verbittern.“

Ein gewöhnlicher Sterblicher wäre vermutlich wegen Hochverrats angeklagt worden, wenn er zu Bismarck's Zeiten derartige Briefe geschrieben hätte. — Das Tagebuch des Kaisers Friedrich über die Schwierigkeit der Kaisergeburt erzählt durch diesen Brief eine hübsche Ergänzung.

Eine Erklärung des Genossen Bebel veröffentlicht unter Dortmund Parteiblatt. Es schreibt:

Wie mir Parteifreunde mitteilen, hat der „christliche“ Arbeitersekretär Klotz in einer Volksversammlung in Essen am 15. d. M. die dreifache Behauptung aufgestellt: ich hätte in einer Reichstagskommissionssitzung im Jahre 1893 — als es sich um die große Militärvorlage handelte — ausgesprochen, die politische Situation in Europa mache die Erziehung des schwebenden Heeres durch eine Militärgarde ganz unmöglich, die internationale Konstellation fordere, daß man der Regierung jeden Mann und jeden Groschen bewilligen müsse.

Als dem christlichen Arbeitersekretär mit Recht geantwortet wurde, daß ich unmöglich solche Äußerungen getan haben könnte, hatte derselbe die Unverschämtheit zu erklären: er habe dafür den Beweis auf Grund unerschütterlichen Materials.

Es ist nicht das erste Mal, daß Angehörige der christlichen Zentrumspartei, die bekanntlich die Zelle hat „für Wahrheit und Recht“, läghafte Behauptungen über meine Tätigkeit in Reichstagskommissionen ausprechen. Das Sägen scheint bei gewissen christlichen Agitatoren des christlichen Zentrums zum Handwerk zu gehören.

Wie sich diese Herren dabei mit ihrem Gewissen abfinden, ist ihre Sache, vermutlich finden sie leicht Weichmacher, die ihnen die solution erteilen. Was mich betrifft, so bezeichne ich den christlichen Arbeitersekretär Klotz auf Grund seiner oben angeführten läghafsten Behauptungen als einen Verleumder.

Der Verleumder wird den Genossen Bebel bestimmt nicht verklagen.

Für die Kosten für die katholische Fakultät in Straßburg hat der elsässische Landesauschuß am Dienstag 44 075 Mark an laufenden und 20 000 Mark an einmaligen Ausgaben bewilligt. Die Kanossa-Universität ist also reichlich mit finanziellen Mitteln versehen, da das Reich bekanntlich 400 000 Mark zu den Kosten beiträgt.

Zwei Prediger in der Wüste. In einer allgemeinen Wahlbeurteilung mahnt die Frankfurter Halbmonatsschrift „Das Freie Wort“, nicht lediglich die materiellen Fragen in den Vordergrund zu stellen, sondern mehr auf das Grundzügliche der Parteiziele das Augenmerk zu richten, wozu sich hier das verschiedenen Gruppen Gemeinsame besser zeigt. Die Parteien der Linken einschließend der Sozialdemokraten sollten sich bei den bevorstehenden Wahlen gegenseitig unterstützen. — Die „Frankf. Ztg.“ stimmt diesem Vorschlag zu. — Bei den Freisinnigen werden solche Platzhölzer natürlich keinen Erfolg haben.

Reichstagsabgeordneter Arbeitersekretär Segitz-Nürnberg

berichtet am Donnerstag den 23. April in öffentlicher Gewerkschafts-Versammlung im „Julienpark“. Arbeiter! Seht dafür, daß die Versammlung imvorant besucht wird!

Kleines Genellicon.

Ein dritter Vortrag über Bebel wurde, wie wir bereits hier mitteilen, von Professor Friedrich Delius in der Sitzung ebenfalls in der Berliner Gewerkschafts-Versammlung am Donnerstag den 23. April gehalten. Nach dem Schlusswort des Herrn Segitz über diesen Vortrag gleichsam als Probe auf das Gemisch gab und das Publikum war, daß sich hier ein gewisses „Genellicon“ befindet, wie das in dem Vortrag des Herrn Segitz mitgeteilt wurde. Dieses „Genellicon“ ist ein Wort, das in der Sprache der Arbeiter nicht vorkommt, aber in der Sprache der Herren vorkommt. Es ist ein Wort, das die Herren gebrauchen, um die Arbeiter zu verwirren und zu täuschen. Es ist ein Wort, das die Herren gebrauchen, um die Arbeiter zu verächtlich zu machen und zu verächtlich zu machen. Es ist ein Wort, das die Herren gebrauchen, um die Arbeiter zu verächtlich zu machen und zu verächtlich zu machen.

Das ist ein Wort, das die Herren gebrauchen, um die Arbeiter zu verwirren und zu täuschen. Es ist ein Wort, das die Herren gebrauchen, um die Arbeiter zu verächtlich zu machen und zu verächtlich zu machen. Es ist ein Wort, das die Herren gebrauchen, um die Arbeiter zu verächtlich zu machen und zu verächtlich zu machen. Es ist ein Wort, das die Herren gebrauchen, um die Arbeiter zu verwirren und zu täuschen. Es ist ein Wort, das die Herren gebrauchen, um die Arbeiter zu verächtlich zu machen und zu verächtlich zu machen. Es ist ein Wort, das die Herren gebrauchen, um die Arbeiter zu verwirren und zu täuschen. Es ist ein Wort, das die Herren gebrauchen, um die Arbeiter zu verächtlich zu machen und zu verächtlich zu machen.

Ein dritter Vortrag über Bebel wurde, wie wir bereits hier mitteilen, von Professor Friedrich Delius in der Sitzung ebenfalls in der Berliner Gewerkschafts-Versammlung am Donnerstag den 23. April gehalten. Nach dem Schlusswort des Herrn Segitz über diesen Vortrag gleichsam als Probe auf das Gemisch gab und das Publikum war, daß sich hier ein gewisses „Genellicon“ befindet, wie das in dem Vortrag des Herrn Segitz mitgeteilt wurde.

Das ist ein Wort, das die Herren gebrauchen, um die Arbeiter zu verwirren und zu täuschen. Es ist ein Wort, das die Herren gebrauchen, um die Arbeiter zu verächtlich zu machen und zu verächtlich zu machen. Es ist ein Wort, das die Herren gebrauchen, um die Arbeiter zu verwirren und zu täuschen. Es ist ein Wort, das die Herren gebrauchen, um die Arbeiter zu verächtlich zu machen und zu verächtlich zu machen. Es ist ein Wort, das die Herren gebrauchen, um die Arbeiter zu verwirren und zu täuschen. Es ist ein Wort, das die Herren gebrauchen, um die Arbeiter zu verächtlich zu machen und zu verächtlich zu machen.

Das ist ein Wort, das die Herren gebrauchen, um die Arbeiter zu verwirren und zu täuschen. Es ist ein Wort, das die Herren gebrauchen, um die Arbeiter zu verächtlich zu machen und zu verächtlich zu machen. Es ist ein Wort, das die Herren gebrauchen, um die Arbeiter zu verwirren und zu täuschen. Es ist ein Wort, das die Herren gebrauchen, um die Arbeiter zu verächtlich zu machen und zu verächtlich zu machen. Es ist ein Wort, das die Herren gebrauchen, um die Arbeiter zu verwirren und zu täuschen. Es ist ein Wort, das die Herren gebrauchen, um die Arbeiter zu verächtlich zu machen und zu verächtlich zu machen.

Das ist ein Wort, das die Herren gebrauchen, um die Arbeiter zu verwirren und zu täuschen. Es ist ein Wort, das die Herren gebrauchen, um die Arbeiter zu verächtlich zu machen und zu verächtlich zu machen. Es ist ein Wort, das die Herren gebrauchen, um die Arbeiter zu verwirren und zu täuschen. Es ist ein Wort, das die Herren gebrauchen, um die Arbeiter zu verächtlich zu machen und zu verächtlich zu machen. Es ist ein Wort, das die Herren gebrauchen, um die Arbeiter zu verwirren und zu täuschen. Es ist ein Wort, das die Herren gebrauchen, um die Arbeiter zu verächtlich zu machen und zu verächtlich zu machen.

Das ist ein Wort, das die Herren gebrauchen, um die Arbeiter zu verwirren und zu täuschen. Es ist ein Wort, das die Herren gebrauchen, um die Arbeiter zu verächtlich zu machen und zu verächtlich zu machen. Es ist ein Wort, das die Herren gebrauchen, um die Arbeiter zu verwirren und zu täuschen. Es ist ein Wort, das die Herren gebrauchen, um die Arbeiter zu verächtlich zu machen und zu verächtlich zu machen. Es ist ein Wort, das die Herren gebrauchen, um die Arbeiter zu verwirren und zu täuschen. Es ist ein Wort, das die Herren gebrauchen, um die Arbeiter zu verächtlich zu machen und zu verächtlich zu machen.

Deutscher Reichstag.

(292. Sitzung.)

Berlin, 21. April 1903

Am Bundesratsitz: Graf Posadowski, Kräfte.
Präsident Graf Vallerstrem heißt die Kollegen nach der Osterpause herzlich willkommen und gedenkt der verstorbenen Abgeordneten Kündel und Munkel (Freis. Sp.), deren Andenken das Haus durch Erheben von den Sitzen ehrt.
Zu erster und zweiter Lesung wird debattelos die Ergänzung des § 51 des

Reichsbeamtengesetzes

dahin beschlossen, daß den in Massen (auch außerhalb Kantons) beschäftigten Post- und Telegraphenbeamten die Dienstzeit für die Pensionierung doppelt angerechnet werden soll.

Es folgt die Beratung des Entwurfs einer Bekanntmachung betreffend

Abänderung des Wahlreglements (Klosetzgesetz).

Abg. Gröber (Zentr., zur Geschäftsordnung): Das Wahlreglement hat nicht die formalrechtliche Bedeutung eines Gesetzes, sondern nur einer Bundesratsverordnung, die zwar der Zustimmung des Reichstags bedarf, aber im abgekürzten Verfahren, d. h. in einer Lesung erledigt werden kann. Ich bitte den Herrn Staatssekretär um Zustimmung zu meiner Auffassung und stelle gleich den Antrag, den Entwurf in einer Lesung zu erledigen.

Staatssekretär Graf Posadowski erklärt die Zustimmung des Bundesrats zu der Auffassung des Redner's.

Abg. Camp (Rp.): Wir beabsichtigen keineswegs die Verabschiedung dieser Vorlage zu hindern (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Na, na, na!), obwohl wir das leicht bei dem beschlußfähigen Hause tun könnten. (Hört, hört! links.) Wir können aber nicht von vornherein wissen, ob die Vorlage in einmaliger Beratung verabschiedet werden kann und bitten den Kollegen Gröber, seinen Antrag zurückzuziehen. (Unruhe.)

Der Antrag Gröber wird gegen die Stimmen der Reichspartei angenommen. Das Haus tritt in die einmalige Beratung des Entwurfs ein.

Abg. Gröber (Zentr.): Schließe die Vorlage sich enger an die Beschlüsse des Reichstags an, so wäre ein noch besserer Schutz des Wahlheimnisses erreicht worden. Immerhin baut der Entwurf den Grundgedanken des Wahlheimnisses weiter aus und wir werden daher für ihn stimmen.

Abg. Homburg (Konf.): Wir haben nichts gegen die Sicherung des Wahlheimnisses, sehen aber in der Vorlage nicht den geeigneten Weg, diesen Zweck zu erreichen. Dieselbe wird zu zweifeln Scherereien, zu lächerlichen und unwürdigen Szenen führen. Vielleicht wird dem Reichskanzler, wenn er zur Wahl geht, gesagt werden: Ergelbst du mir noch etwas, der Ort ist noch besetzt. (Große Heiterkeit.) Meine Freunde werden in der Mehrzahl gegen den Entwurf stimmen.

Abg. Waffermann (natl.) tritt für den Entwurf ein.

Abg. Bloß (Soz.): Im Interesse des Zustandekommens der Vorlage verzichten wir auf Verbesserungsanträge. Die Behauptung des Abg. Homburg, das Gesetz sei undurchführbar, ist nicht ernst zu nehmen — es sei denn, daß die zur Durchführung notwendigen Organe fehlten. Wir hätten vor allem gewünscht, daß die um 7 Uhr im Wahllokale anwesenden Wähler zur Stimmabgabe zugelassen und daß die Minimalzahl von 125 pro Wahlbezirk erhöht worden wäre. Es ist wenig erfreulich, daß der Wahlraum — dessen Errichtung keine Schwierigkeiten bietet — nicht überall eingeführt werden soll. Den Konservativen ist der Wahlraum allerdings nur dann genehm, wenn sie einen Schutzraum dahinter aufstellen können. (Heiterkeit.) Daß sich Wähler zu lange in dem Wahlraum aufhalten werden, ist nicht zu fürchten; ein so angenehmer Raum ist dieser Ort dem doch nicht. (Große Heiterkeit.) Trotz aller dieser Mängel werden wir doch für die Vorlage stimmen, die immerhin einen Fortschritt bedeutet und die hoffentlich dazu führen wird, daß die Partei des Herrn v. Kröcher etwas mehr Objekt als Subjekt der Gesetzgebung werden wird. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Camp (Rp.): Unsere Stellung zu der Sache ist bekannt; ich will darauf ebenförmig eingehen, wie auf die Möglichkeit des Vorgehens der Regierung, die uns sehr unangenehm berührt hat, deren Motiven ich aber nachsichtig bin.

Abg. Richter (Freis. Sp.): Die bisherige Gefährdung der Sicherheit des Wahlheimnisses ist der konservativen Partei zu gute gekommen (Auf rechts: Gar nicht! Links links), daher die Abneigung der Rechten gegen die Vorlage.

Staatssekretär Graf Posadowski: Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß es sich hier um eine Verordnung und nicht um ein Gesetz handelt, und daß der Reichstag nur annehmen oder ablehnen nicht aber abändern kann. Die Autorität des Wahlvorstehers wird hoffentlich genügen, um zu verhindern, daß jemand sich böswillig zu lange im Wahlraum aufhält; ebenso ist doch anzunehmen, daß er einen zuverlässigen Menschen zum Kubertansträger wählen wird. So künstlich kann keine Gesetzgebung sein, um allen erdenklichen Unredlichkeiten vorzubeugen. In den Provinzen namentlich des Ostens ist es kaum möglich, andre als kleine Wahlbezirke zu bilden. Gegen die Absicht der Wählerlisten ist an sich nichts einzuwenden doch wird es in kleinen Gemeinden oft an den nötigen Ranglisten fehlen. — Von einer Verabschiedung des Wahlheimnisses kann nicht geredet werden. Es handelt sich einfach um die Frage: Wahlheimnis oder nicht? Wer für die öffentliche Wahl ist, der habe auch den Mut, einen direkten Antrag auf Streichung der geheimen Wahl aus dem Wahlgesetz zu stellen. (Bravo! links.)

Abg. Dr. Pachnide (Freis. Vg.): Der Rechten ist der Entwurf sehr unangenehm; lang doch die Rede des Abg. Homburg wie eine Anweisung an einen böswilligen Wahlvorsteher, dem Geizke ein Schnippchen zu schlagen. (Sehr richtig! links.) Die „Konservative Korrespondenz“ redet von einer „Klosetzgesetzten Reichstagsmehrheit“. Natürlich gehört ja die Wahlbeeinflussung zu den integrierenden Bestandteilen der konservativen Politik! Die „Kreuzzeitung“ gestand ganz offen, daß die Konservativen niemals das geltende geheime Wahlrecht als unantastbar betrachtet haben. Nur mit Hilfe der Wahlbeeinflussung behauptet die konservative Partei ihre Vorherrschaft, die aber angesichts der fortschreitenden Industrialisierung Deutschlands nicht lange mehr aufrecht erhalten werden kann. (Bravo! links.)

Abg. Gaußmann-Wöblinaen (Jüdd. Sp.): Das Gesetz bedeutet einen Erfolg der politischen Moral. Ich habe als Zeißner bei den württembergischen Wahlen das Verfahren, wie es die Vorlage vorschlägt, beobachten können und als durchaus einwandfrei erkannt! Das Verfahren hat auch noch nicht in einem Wahlprotest eine Rolle gespielt. (Hört, hört! links.)

Abg. Freiherr v. Hohenberg (Welfe) begründet eine Resolution, die den Reichskanzler ersucht, Anordnungen zu treffen, wonach die Wahlgesetze so herzustellen sind, daß die Umhänge durch eine im Deckel angebrachte Öffnung zu stecken sind, während die Deckel selbst bis zum Schluß der Wahlhandlung geschlossen zu halten sind.

Abg. Wedd (Soz.): Herr Homburg schien die Rednertribüne zu einem Behälter darüber machen zu wollen, wie man in Zukunft dem Wahlreglement ein Schnippchen schlagen könnte. Der Wahlraum hat sich in Baden gut bewährt, da wird keine Durchführung doch wohl auch bei uns vorkommen. So passierte es, daß ein Wähler wohnt in den Wahlraum hinein, aber nicht wußte, was er darin anfangen sollte. Als ihn schließlich der Wahlvorsteher fragte, ob er denn nicht endlich fertig sei, meinte er: „Nein, ich habe keine Briefmarke.“ (Gr. Heiterkeit.) Die Wähler müssen eben instruiert werden, wie wir das mit unsern Parteigenossen tun. Vergeben ist es in der Tat, daß jemand außer dem Wahlzettel auch seinen Steuerzettel mit in das Kubert hineinlegt, um gegen seine zu hohe Einschätzung zu protestieren. (Heiterkeit.) Der Ausdruck Klosetzgesetz, den jene Herren (nach rechts) häufig gebrauchen, beweist, welchen Respekt die Herren vor dem Wähler überhaupt haben. Die Konservativen täten sehr gut, die Fälschung wirklich durchzuführen, denn dadurch würden sie doch dem Terrorismus der Sozialdemokraten ein Ende machen. Dann kann doch kein roter Dyrann mehr dem Wähler diktieren, wie er zu wählen hat. Nun, wir sehen diesem Urteile mit der größten Ruhe entgegen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Präs. Graf Vallerstrem: Der Herr Redner legte einen Ausdruck, der schon wiederholt in Bezug auf dieses Gesetz gebraucht worden ist, einen entwürdigenden Sinn unter. Der Ausdruck stammt, so viel ich weiß, aus einem Wahlgesetz in Australien, wo der englische Ausdruck für den Wahlraum gebraucht ist: closed room, d. h. geschlossener Raum. (Stirnische Heiterkeit.) Man kann also den Herren nicht vorwerfen, daß sie despektierlich von der Einrichtung gesprochen haben.

Abg. Schr. v. Schelle-Wunstorf (Welfe): Die Sicherung des Wahlheimnisses ist ebenso eine sittliche Pflicht, wie es die Wiederherstellung des Königreiches Hannover sein würde. (Gr. Unruhe.)

Präs. Graf Vallerstrem: Herr Abgeordneter, eine Wiederherstellung des Königreiches Hannover hängt mit der Vorlage absolut nicht zusammen. Außerdem sind die von Ihnen gebrauchten Worte unjohanneisch, als eine Wiederherstellung des Königreiches Hannover mit dem Bestande des Deutschen Reiches unvereinbar wäre. (Beifall rechts.)

Abg. Homburg (Konf.): Ich halte es für überflüssig, die vom Abg. Gaußmann unter Berufung auf den Grafen Posadowski ausgesprochene Ansicht, wir Konservativen hätten nicht den Mut, unsere Meinung offen zu betreten, noch besonders zu widerlegen.

Staatssekretär Graf Posadowski: Herrn Homburg erwidere ich, daß ich nicht gesagt habe, die Konservativen hätten nicht den Mut, ihre Ansicht zu betreten. Ich habe nur gesagt, daß, wer auf dem Standpunkt stehe, die öffentliche Stimmabgabe sei eine männliche Tat, auch männlich handeln würde, wenn er beantragte, die geheime Abstimmung abzuschaffen.

Damit schließt die Generaldiskussion. In der Spezialdiskussion wird das Wort nicht verlangt und der Entwurf dann in der Gesamtabstimmung gegen die Stimmen der Konservativen und der Reichspartei angenommen. Mit der Mehrheit stimmen drei konservativ Abgeordnete. Mit derselben Mehrheit wird die Resolution Hohenberg angenommen.

Hierauf verläßt sich das Haus.
Nächste Sitzung: Mittwoch 1 Uhr. (Rechnungssachen, Phosphorgefetz und Krankentafelgesetz.)
Schluß 5 1/2 Uhr. —

Soziales.

Lungenheilstätten in Deutschland.

Im deutschen Reiche gibt es — wie die „Volkst. Zeitschr. für prakt. Arbeiterversicherung“ mitteilt — gegenwärtig zwischen 70 und 80 Lungenheilstätten, von denen 57 öffentliche und Vereins-Heilstätten, der Rest private Heilanstalten sind. In den gesamten Heilstätten sind mehr als 7000 Krankenbetten im Betrieb. Rechnet man, daß jedes Anstaltsbett durchschnittlich von vier Personen im Jahre benutzt wird, so genießen schon jetzt annähernd 30 000 Personen jährlich die Wohltat der Heilstättenbehandlung. Im Bau begriffen und größtenteils der Vollendung nahe sind weitere 16 Heilstätten. Außerdem haben die Landesversicherungsanstalten für die Provinz Sachsen und das Herzogtum Anhalt, für Schwaben und Neuburg und für das Königreich Sachsen sowie eine Anzahl von größeren Heilstättenvereinen, städtischen Verwaltungen und Stiftungen die Errichtung von zusammen 23 Lungenheilstätten in Aussicht und zum Teil bereits in Angriff genommen. —

Krankenversicherung der Handelsangestellten.

Aus Handlungsgehilfenkreisen wird der „Sozialen Praxis“ gemeldet: Die Novelle zum Krankenversicherungs-Gesetz hat den Handlungsgehilfen eine herbe Enttäuschung bereitet.

Nichtpreussische Parteigenossen! Erwerbt das preussische Staatsbürgerrecht.

Fenilleton.

Abdruck verboten.

Kenilworth.

Roman von Walter Scott.

Nach dem Englischen Uebersetzt von G. von Hohenhausen, durchgesehen und bearbeitet von S. Feders, mit. Weber.

(107. Fortsetzung.)

Foster trat langsam ins Zimmer, Barney folgte ihm, verriegelte die Tür und sie hielten ihre geheime Besprechung. Unterdessen schritt die Gräfin in ihrem Zimmer auf und nieder, Schwam- und Joruesglut auf ihrer lieblichen Wange.

„Der schändliche,“ sprach sie, „der kaltblütige, berechnende Betrüger! Aber ich habe ihn entlarvt, Janette. Ich lockte die Schlange, bis sie ihre Haut abwarf und in ihrer scheußlichen Nacktheit vor mir kroch. Ich unterdrückte meinen Jor, bis er sein ganzes Herz, schwarz wie die Winkel der untersten Höhle, vor mir enthüllte. Und Du, Leicester, wie war es möglich, daß Du nur einen Augenblick wünschst kanntest, ich soll auf mein eheliches Recht verzichten, oder daß Du es selbst einem andern übertragen konntest? Ach, es ist unmöglich, der Schurke hat in allen Stücken gelogen. Janette, ich will hier nicht mehr bleiben. Ich fürchte ihn, Deinen Vater. Es tut mir leid, daß ich Dir das sagen muß, Janette — aber ich fürchte ihn und vor allem diesen schändlichen Barney. Ich will aus Gummor entfliehen.“

„O Gott, gnädige Frau! wohin wollt Ihr fliehen, und auf welche Art denkt Ihr aus diesen Mauern zu kommen?“

„Ich weiß es nicht, Janette,“ sagte die unglückliche junge Frau, zum Himmel blickend und ihre Hände faltend: „ich weiß nicht, wohin ich fliehen soll und auf welche Art, aber ich bin sicher, mein Gott, denn ich diene, wird mich in dieser schrecklichen Gefahr nicht verlassen, denn ich bin in den Händen böser Menschen.“

„Klaumb das nicht, teure Lady,“ sagte Janette; „mein Vater ist ernst und streng von Natur, und treu in seinem Dienste, aber —“

In diesem Augenblick trat Antony Foster ins Zimmer, in einer Hand ein Glas, in der andern eine Flasche tragend.

Sein Wesen hatte etwas Sonderbares: wenn er sich sonst der Gräfin mit der ihrem Range gebührenden Ehrfurcht näherte, war es ihm immer unmöglich gewesen, den natürlichen Trost seines Charakters ganz zu verbergen, welchen Menschen von dieser widerwärtigen Gemütsart besonders diejenigen empfinden lassen, welche durch Umstände von ihnen abhängen — jetzt aber ließ er gar nichts von dieser Autorität blicken, die er sonst unter einer häuerlichen Höflichkeit und Unterwürfigkeit zu verbergen strebte, so wie der Mäurer seine Pistolen und seinen Dolch unter seinem großen Mantel verstaft, und als er die Gräfin hat, von dieser vorzüglichsten Verstärkung etwas zu genießen, um sich nach dem gebotenen Mergel wieder zu erheben, schien es, als habe er einen heimlichen Anschlag dabei im Sinne. Seine Hand zitterte, seine Stimme bebte und sein ganzes Benehmen flüchte so vielen Verdacht ein, daß seine Tochter Janette, nachdem sie ihn einige Minuten lang angestarrt hatte, plötzlich einen kräftigen Entschluß faßte: sie ergriff ihr Haupt, nahm ein gebietendes, entschiedenes Wesen an, trat zurück ihre Gebieterin und ihren Vater, nahm das Glas aus seinen Händen und sprach langsam, aber mit festem und bestimmtem Tone: „Vater, ich will meiner edlen Lady den Fester stellen, wenn sie es wünscht.“

„Du, mein Kind,“ sprach Foster besorgt, „nein, Du sollst ihr nicht diesen Dienst erweisen.“

„Warum denn nicht? Ich bitte Euch!“ sagte Janette. „Wenn es überhaupt gut ist, daß die edle Lady davon genießt.“

„Warum?“ entgegnete der Haushofmeister, in Jor ausbrechend, um damit, wie dies gewöhnlich geschieht, den Mantel jedes zutreffenden Grundes zu erheben: „weil ich es nicht haben will. Mache, daß Du zur Abendbrotzeit kommst.“

„Nein,“ sagte Janette, „so gewiß ich wieder Predigten zu hören hoffe, so will ich diesen Abend nicht eher dorthin gehen, bis ich über die Sicherheit meiner Gebieterin beruhigt bin. Gebt mir die Flasche, Vater!“ Sie entriß sie seiner widerstrebenden Hand und er ließ sie, wie von seinem Gewissen überwältigt, los. „Nun,“ fuhr sie fort, „was meiner Lady gut bekommen soll, kann auch mir nicht schaden. Vater, ich trinke Euch zu.“

Foster fuhr, ohne ein Wort zu sagen, auf seine Tochter los und riß die Flasche aus ihren Händen; dann blieb er, einen Fuß vor den andern gesetzt und die Flasche in der Hand, stehen, als sei er über das, was gesehen, verlegen, und durchaus unfähig, sich zu irgend etwas zu entschließen; auf seine Tochter blickte er mit einem Gesicht, in welchem Wut, Furcht und überführte Bosheit sich in einer gräßlichen Mischung zeigten.

„Das ist sonderbar, Vater,“ sagte Janette, ihn mit einem Blick ansehend, wie ihn diejenigen annehmen, welche Rasende bewachen, und damit ihren unglücklichen Kranken Furcht einflößen; „wollt Ihr mir nicht erlauben, Madam zugutrinken, oder selbst davon zu genießen?“

Während dieser schredensvollen Szene, die ihren Zweck deutlich genug fund gab, obgleich er nicht ausgesprochen wurde, hatte der Mut die Gräfin nicht verlassen. Sie befiel sogar die Sorglosigkeit ihres Gemüts und wenn auch beim ersten Schreden ihre Wange erbleichte, so sprach doch Ruhe aus ihren Lippen. „Wollt Ihr diese schreckliche Herabsetzung kosten, Herr Foster? Vielleicht vermagt Ihr uns nicht, bestid darin zu tun, obgleich Ihr es Janetten nicht erlauben wöllt. Trinkt, ich bitte Euch.“

„Ich will nicht,“ antwortete Foster.

„Und für wen ist denn dies schreckliche Getränk bestimmt?“ fragte die Gräfin.

„Für den Teufel, der es gebraut hat,“ antwortete Foster und sich rasch umwendend, verließ er das Zimmer.

Janette blickte ihre Gebieterin mit einem Gesicht an, in welchem Schwam, Furcht und Schreden sichtbar waren.

„Weine nicht um mich, Janette,“ sprach die Gräfin gütig.

„Mein, gnädige Frau,“ sagte ihre Dienerin mit einer von Schrecken unterbrochenen Stimme, „nicht um Euch meine ich, sondern um mich selbst, um einen unglücklichen Mann. Die, welche vor Menschen entredt, und vor Gott verdorrt sind, haben Ursache zu trauern, nicht die Unschuldigen. —“

„Wohl,“ fuhr sie fort, ihren Mantel umschlingend.

(Fortsetzung folgt.)

mittags 12¹/₂ Uhr, das Konkursverfahren eröffnet und der offene Arrest erlassen worden. Inzwischen sind die Vorarbeiten zur Bildung einer neuen Interessentengruppe im vollen Gange.

Freigesprochen. Der Bauarbeiter Hermann Köppen von hier hatte sich am Dienstag vor dem königl. Landgericht wegen Unterschlagung von Vereinsgeldern zu verantworten. Köppen war in den Jahren 1898 bis 1902 Kassierer der Zählstelle des Verbandes der Bau- und Erdarbeiter. In Veranlassung der Matrifester 1901 hatten mehrere Arbeitgeber über ihre Arbeiter, die mitgefeiert hatten, auf vier Tage die Aussperrung verhängt. Diese Arbeiter beanspruchten hinterher von Köppen Unterstützung. Für den Mann wurden für vier Tage 6 Mark bewilligt. Ihm wird nun zur Last gelegt, er habe bei der Auszahlung Gelder davon für sich behalten und Quittungen gefälscht. Köppen stellt jede Schuld entschieden in Abrede und meint, es könne vorgekommen sein, daß Leute Unterstützung erhalten hätten, die nicht dazu berechtigt waren. Im Bureau seien außer ihm noch zwei Genossen beschäftigt gewesen, da der Andrang von den Leuten sehr stark war. Es seien von der Unterstützung auch Abzüge für Marken gemacht, womit die Verbandsbücher wieder in Ordnung gebracht wurden. Das Beweisergebnis genügt nicht zur Ueberführung des Angeklagten. Er wurde dem Antrage des Staatsanwalts Storp gemäß freigesprochen.

Vor der Hochzeit in den Tod. Der Rangierer Karl Lorenz aus Nothensee, welcher auf dem Meisenbader Bahnhofe beschäftigt ist, wurde in der Nacht zum Sonntag bei Bude 4 überfahren aufgefunden. Es verlautet hierzu, daß L. den Tod wahrscheinlich gesucht hat. Er war schon zwei Tage vorher nicht zum Dienst gekommen. Am Samstag sollte seine Hochzeit stattfinden.

Provinz und Umgebung.

Groß-Ottersleben, 22. April. (Auf zur Versammlung!) Am Samstagabend findet bei Strumpf die Generalversammlung des hiesigen Konsumvereins statt. Da außerordentlich wichtige Fragen zu erledigen sind, ist es dringend nötig, daß sämtliche Mitglieder erscheinen!

Wendleben (Kreis Neuhaldensleben), 22. April. (Ein Staatsreiter.) Am Sonntag nachmittag sollte in Wendleben im Saale des Gastwirts Bannier eine öffentliche Volksversammlung stattfinden, in der Genosse Nitzsch über die bevorstehenden Reichstagswahlen sprechen sollte. Da in der Versammlungsbildung irrtümlich statt „Dorf“ „Markt“ Wendleben angegeben war, erhielt am Sonntag früh der Einberufer Genosse Ludwig Albrecht, ein Schreiben vom Sekretär des Amtsrichters in Wendleben, daß in „Markt“ Wendleben ein Genosse Bannier nicht existiert, infolgedessen auch eine Versammlung dort nicht stattfinden könne. — Zum besseren Verständnis sei mitgeteilt, daß „Dorf“ und „Markt“ Wendleben so dicht beieinander liegen, um recht gut als eine Ortsgemeinschaft angesehen zu werden. Noch interessanter wird die Sache dadurch, wenn man erfährt, daß der Gastwirt Bannier der Nachbar des Herrn Sekretärs ist. Am nächsten Sonntag eine neue Versammlung statt, die natürlich infolge der vom Sekretär des Herrn Grafen v. Veltheim gemachten unzeitigen Ankündigung noch besser besucht sein wird, als die in Wendleben.

Merseburg, 22. April. (Wilhelm 2. als Kulturträger.) Ganz Merseburg wird, weil der deutsche Kaiser hierher kommen will, von Schwung geföhrt. Sämtliche schmützigen Häuser werden neu angeputzt. Heute meldet sogar ein Blatt: „In den nächsten Tagen wird auch die Stadtverwaltung mit der Neupflasterung der Straßen beginnen, die der Kaiser voraussichtlich passieren wird. Die Pflasterung, die in bestem Material ausgeführt werden wird, erfordert einen Kostenaufwand von rund 70 000 Mark.“ Auf diese Weise werden die guten Merseburger endlich zu einem guten Straßenpflaster kommen.

Neuhaldensleben, 22. April. (Zur Wahlbewegung.) Das amtliche Kreisblattchen für Neuhaldensleben jammert in allen Tonarten, daß es im bürgerlichen Lager zu der gewöhnlichen Einteilung nicht gekommen ist. Dem konservativ-nationalliberalen Kandidaten Herrn Hofang sollte nämlich der Bund der Landwirte den Gutsbesitzer Schirmer-Neubaus gegenüber. Das Amtsblatt bedauert ganz richtig, daß eine derartige Zersplitterung nur der Sozialdemokratie zu gute kommt. Mit dieser Einschätzung des Wählerstimmens können wir uns ausnahmsweise einmal einverstanden erklären.

Wahlkreis Zerichow, 22. April. (Freisinnige im Wahlkampf.) Der Reichstagskandidat der Freisinnigen Volkswart, Lehrer Marten Berlin, hielt in einer in Sommer am Sonntag abgehaltenen Wählerversammlung seine „Programmrede“. Der Herr Lehrer will, wie alle seinesgleichen, „Mittelstandskandidat“ auf der berühmten „mittleren Linie“ stehen. Seine Stellung zur Reichspolitik ist die des modernen Freisinnigen Reichstagskandidaten. Das Kaiserreich ist für ihn ein tragendes Land, und die Chinesen stellt er als Menschen hin, die mit Vorliebe deutsche Waren kaufen. Er predigt das weite Harmonie zwischen Kapital und Arbeit, jagt aber auch den Arbeitern ein paar Höflichkeiten. Natürlich fehlt es nicht an den üblichen Ausfällen gegen die Sozialdemokratie. So behauptete der Redner, daß die Sozialdemokratie intensiv daran arbeite, den Mittelstand wirtschaftlich zu vernichten, trotzdem er vorher festgestellt hatte, daß der moderne Großbetrieb den Kleinbetrieb unangenehm zurückdränge und ausjage.

Also freisinnige Logik! Der Vollständigkeit halber sei noch erwähnt, daß der Herr mehrere Führer der Sozialdemokratie — Namen wagte er wohlweislich nicht zu nennen — als „heruntergekommenen Schriftsteller“ bezeichnete, die kein Verständnis für Arbeiterinteressen haben könnten. Erst Ministerialfreisinniger! Nach Schluß des Vortrages meldete sich Genosse Reichsler zum Wort. Kaum hatte er angefangen zu sprechen, als ihn der Vorsitzende unterbrach mit der völlig überflüssigen Bemerkung, jeden Streit und Zank (d. h. Diskussion, D. B.) zu unterlassen. Genosse Reichsler, dem es infolgedessen nicht möglich war, die vom Referenten gegen unsere Partei erhobenen Vorwürfe zurückzuweisen, mußte sich nun mit folgender Anfrage an den Referenten begnügen: „Welche Stellungnahme empfiehlt Herr Lehrer Marten seinen Wählern im Falle einer Stichwahl zwischen den Konservativen und Sozialdemokraten, welche von diesen beiden nicht er als das kleinere Übel an?“ Diese Frage zu beantworten bot der Hauptwahllehre der Herr ab! Die Versammlung wurde hierauf eiligst geschlossen.

Die Wähler sind durch diese Versammlung erst recht klar darüber geworden, daß vernünftige Menschen keinen Freisinnigen wählen können.

Wahlkreis Wanzleben, 21. April. (Zur Reichstagswahl.) Am Sonntag den 19. d. M. fand im Lokale des Herrn Müller (Gasthof) eine öffentliche Wahlversammlung statt, welche von circa 500 Personen besucht war, und in welcher der Reichstagsabgeordnete Antritt das

sucht war, in welcher der Reichstagsabgeordnete Antritt das Referat übernommen hatte. Ansdann ergriß unser Kandidat Genosse Silberstein das Wort. Er führte aus, daß der Kampf intensiver sein und die Richtigkeit der einzelnen Parteigenossen fortfallen müsse, damit uns der Kreis zufalle. Außerdem forderte er die gewerkschaftlich organisierten Genossen auf, mehr wie bisher für die Partei zu arbeiten. Zu Punkt 2 ergriß der Genosse Julius Koch (Groß-Ottersleben) das Wort und wies darauf hin, daß die Versammlung laut Vorchrift des Amtsrichters v. Landwüst um sechs Uhr (1) geschlossen werden müßte, und forderte die Genossen auf, das Lokal, welches uns in letzter Zeit nicht zur Verfügung stand, nach Kräften zu unterstützen. Außerdem gab der Vorsitzende bekannt, daß am 1. Mai eine große öffentliche Volksversammlung stattfindet, in welcher der Referat Gen. Marzowalld referieren wird. Mit einem dreifachen Hoch auf die internationale, völkervereinende Sozialdemokratie wurde die imposante Versammlung geschlossen.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Ein Opfer des heftigen Sturmes wurde die 77-jährige Witwe Holtz in Mühlberg. Als dieselbe bei Stolzhausen den Kanal überschreiten wollte, wurde sie neben der Brücke über die steile Böschung hinab ins Wasser geschleudert. Sie konnte sich allein nicht herausheben und ertrank. — In Kahlitz wurde die Leiche des lebigen Mannergesellen Martin aus Kleinertsdorf gefunden, deren Schädel durch Mithras zertrümmert und deren Hals durchschnitten war. Es liegt bestimmt ein Mord vor. — Ein Passenbote des Gas- und Wasserwerks in Halle verlor im Reichsantiquarische 2300 Mark in Hundertmarkstücken. Obwohl er seinen Verlust sofort nach Verlassen des Gebäudes bemerkte, blieb das Geld doch verschwinden. — Bei seiner Arbeit wurde der Bergmann Karl Rippenack auf dem Hohenhalschichte bei Helbra durch niederstehendes Gestein schwer verletzt. Dem Kranken war fast der ganze Brustkasten zertrümmert. Er wurde dem Krankenhaus in Giebichen zur Pflege übergeben; dort hat ihn der Tod alsbald von seinen schweren Leiden erlöst. — Während der Verhandlungen in dem Prozesse in Berlin wegen Verleumdung des Grafen Douglas war bekanntlich der Agent König von Halberstadt in der Sitzung verhaftet worden. Jetzt hat König bekundend gegen den in der Erbschaftssache seit langer Zeit tätigen Agenten C. Schwarzhaupt von dort ausgezogen, worauf das Landgericht dessen Verhaftung und sofortige Ueberführung nach Berlin zur Vernehmung veranlaßt hat. — Von Sonntag früh bis Montagabend waren die Bewohner in Borne fast ununterbrochen in eine dicke Staubwolke gehüllt. Wer keine gute Lunge hat, konnte nicht aus der Wohnung gehen. Auch hat der Sturm die Zementfabrik von Fr. Herbst abgedeckt. — Wegen eines an einem 12- bis 13-jährigen Mädchen begangenen Sittlichkeitsverbrechens wurde in Neuhaldensleben der Arbeiter Damsch verhaftet. — Aus der Strafanstalt Halberstadt sind wieder einmal drei dort untergebrachte Gefangene entwichen. Zwei sind von Halberstadt und einer aus Ottersleben geflüchtet. — Einen Unfall erlitt der bei der Expeditionfirma Krüger u. Peat in Halberstadt im Dienst befindliche Kutscher Lange, der mit einem Wagen nach Blankenburg fuhr. Die Pferde schienen kurz vor Blankenburg vor einer auf einem Nebenwege arbeitenden Dampfwaage, wobei L. unter den Wagen zu liegen kam. Die Räder gingen ihm über beide Beine hinweg, soweit der Arzt feststellen konnte, ist aber nichts gebrochen.

Gerichts-Zeitung.

Schwurgericht Magdeburg.
Sitzung vom 21. April 1903.

Wegen wissentlichen Meineides hatte sich die unverschämte, unter Sittenkontrolle stehende Anna Kug hier, geboren 1864, wegen falschen, Diebstahls usw. vorbestraft, zu verantworten. Dieselbe wurde am 13. Dezember d. J. vor der hiesigen Strafkammer in der Strafsache gegen den Pader Hartmann wegen Zuhälterei als Zeugin vernommen und behauptete eidlich, Hartmann sei zwar ihr Präntigam gewesen, habe ihr aber nie Zuhälterdienste geleistet. Diese Aussage soll wider besseres Wissen abgegeben sein, um den Hartmann der Bestrafung zu entziehen. Derselbe ist aber trotzdem auf Verlangen anderer Zeugen hin, damals zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Die Angeklagte hat heute, sie habe damals nur die Wahrheit gesagt. Auf Grund der Verhandlung vernommen die Geschworenen die Schuldfrage, demzufolge wurde die Angeklagte freigesprochen.

Landgericht Magdeburg.
Sitzung vom 21. April 1903.

Ein netter Bräutigam. Der Kellner Emil Flohr zu Zerleberg, geboren 1881, unerschrocken mit der Dienstadtgeber aus Zerleberg im Jahre 1902 ein Liebesverhältnis, das nicht ohne Folgen blieb. Als Flohr hiervon Mitteilung erhielt, forderte er seine Braut wiederholt brieflich auf, Mittel, die er ihr nannte, einzunehmen. Schließlich wurde das Verhältnis gelöst und die frühere Braut erstatete Anzeige. Der Angeklagte wurde wegen Vergehens gemäß § 49 des Strafgesetzbuchs zu einer Woche Gefängnis verurteilt.

Verleugert. Die Verhandlung gegen den Kaufmann Johannes König von hier, geboren 1868, wegen nicht verantwortlicher Führung seiner Handelsbücher wurde verzagt.

Ein Sittlichkeitsverbrecher. In nichtöffentlicher Sitzung wurde der Handelsmann und Obwächter Hermann Lambert zu Zerleberg, geboren 1878, wegen Sittlichkeitsverbrechens und wiederholter Verleumdung, begangen gegen Zahlerrinnen, ferner wegen Missetat bereits seiner Ehefrau zu einem Jahr Gefängnis verurteilt.

Drei Einbrecher. Die vorbehafteten Arbeiter Walter Duckstein und Otto Hoppe sowie der Maschinenführer Otto Mühlmann hier führen in der Nacht zum 22. Februar d. J. im Konsumlager in der Poststraße einen Einbruchsdiebstahl aus und entwendeten große Mengen Waren. Vermutlich aus Mangel darüber, daß sie kein Geld voranden, beschlagnahmte sie auch Waren in erheblicher Weise. Der Gesamtschaden beträgt etwa 180 Mark. Die Kammer erkannte gegen Duckstein und Hoppe auf je 1 Jahr 3 Monate, gegen Mühlmann auf 9 Monate Gefängnis.

Diebstahl. Der Dienstknecht Hermann Bessler, geboren 1888, aus Burg, erhielt wegen Diebstahls im Verzeim mit Sachschädigung 3 Monate Gefängnis.

Herr Hübler als Buchhalter. Der Kaufmann Wilhelm Hübler, geboren 1864, und der Kaufmann August Hartig, geboren 1840, hier, waren Gesellschafter und getieren mit ihrem Tuchwarengeschäft am 20. August 1902 in Konkurs. Der Verwalter stellte fest, daß die Handelsbücher unordentlich geführt und die Bilanz nicht in der vorgeschriebenen Zeit gezogen waren. Hübler gibt an, er sei durch Krankheit verhindert gewesen, und Hartig behauptet, Hübler habe im Sommer 1901 die Aufwände der Inventur und die Aufstellung der Bilanz vereitelt. In der Bilanz befinden sich für die bevorstehenden Gläubiger etwa 60 Prozent. Nach dem Gutachten des Verwalters bestand die unordentliche Buchführung nur darin, daß 600 Mark Geld für Zinsabfälle nicht gebucht waren. Die Kammer zog nur das Nichtstehen der Bilanz als Konkursvergehen in Betracht und verurteilte Hübler mit 30 Mark, Hartig mit 10 Mark Geldstrafe.

Ein Schwindler. Der vielfach bestrafte Handelsmann Gustav Lange hier, geboren 1856, erwiderte am 10. Dezember 1902 unter Vorlegung falscher Rechnungen in einem Falle 10 Mark Darlehen, in einem anderen Falle als Kautschuk für eine Reise nach Jullung eines Grundstücks und zur Vorbereitung des Gerichtskosten 100 Mark. Lange trat die Reise nicht an und verbrauchte das Geld. Ihn trafen keine wegen Mißfallens

1 Jahr 6 Monate Zuchthaus, 800 Mark Geldstrafe eventuell weitere 20 Tage Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust, Zugleich wurde die sofortige Verhaftung beschlagnahmt.

Ein Unhold. Der vorbehaftete Handelsmann Emil Hoffmann aus Sommerfeld, geboren 1870, wurde in nichtöffentlicher Sitzung wegen Sittlichkeitsverbrechens, begangen gegen Söwplingen gegen ein 13 Jahre altes Mädchen, zu 2 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust verurteilt. — Schluß 9 Uhr abends.

Bermischte Nachrichten.

Ueber die Witterung im März schreibt die amtliche „Stat. Corr.“: Als ein ungewöhnlich milder und trockener Monat wird der diesjährige März noch lange in Erinnerung bleiben. Die Temperatur lag, mit Ausnahme einer Frostperiode um den 10., andauernd über dem Durchschnitt, ganz besonders aber nach dem 20., wo Tagesmittel erreicht wurden, wie sie zu dieser Jahreszeit in den letzten 50 Jahren noch nicht vorgekommen sind. Das Gesamtmittel war meist um 3 bis 4 Grad, im Nordosten sogar um mehr als 5 Grad zu hoch. Auch die beobachteten Temperaturmaxima von 20 Grad und darüber sind für den März äußerst selten. Die Niederschläge blieben im größten Teil des Landes hinter dem vielfährigen Durchschnitt weit zurück, zumal im nördlichen Norddeutschland, wo mehrheitlich kaum ein Drittel der Normalmenge gefallen ist. Nur in der Gegend zwischen Niederrhein und Unterelbe war ein allerdings sehr geringer Ueberschuß zu verzeichnen. Entsprechend der verhältnismäßig hohen Temperatur gab es nur wenige Schneetage und fast ausschließlich um den 10.; infolgedessen kam es im Flachlande nicht zur Bildung einer Schneedecke und auch die Gebirge wurden gegen Ende März schneefrei. Trotz der heiteren Tage in der letzten Dekade ergab sich überall, außer in Thüringen, eine erheblich zu kleine Gesamtdauer des Sonnenscheins, da die Zeit bis zum 20. meist sehr trübe war.

Politik im Reichstuh. Der „Münch. Post“ wird geschrieben: Wozu der Reichstuh dient, möge folgendes Vorkommnis wieder einmal dazum: Meine Frau ging zur Beichte und da lautete die erste Frage, die der Beichtvater, ein Kapuzinerpater, an sie stellte: Was halten Sie für eine Zeitung? Die Antwort war: die „Münchener Post“. Was, erwiderte der erzürnte Pater, die „Münchener Post“ lesen Sie, diese Zeitung muß sofort aus dem Hause! Was ist Ihr Mann, gewiß ein Sozialdemokrat, ging das Examinieren weiter, ja der Pater meinte: Wenn Sie diese Zeitung nicht abgeben, kann ich Sie nicht absolvieren usw. Meine Frau erklärte, sie könne da nichts tun, sie habe in dieser Beziehung keinen Einfluß auf den Mann, sie selbst lese die Zeitung ja nicht. Dann wird Ihnen Ihr Mann jedenfalls das Gelesene erzählen, warf der Zentrumsagitor im Beichtstuhl ein; meine Frau verneinte auch dies, worauf nach weiterem Schimpfen sich der Herr Kapuzinerpater endlich dazu herbeiließ, die Absolution zu erteilen, doch mit dem Bemerkten, daß es fast besser wäre, zu einer andern Religion überzugehen, als so in der katholischen fortzuleben. Ich stelle die Frage: Was geht das den Beichtvater meiner Frau an, welche Zeitung ich halte?

Wenn der betr. Kapuzinerpater übrigens glaubt, durch ein derart inquisitorisches Verfahren bei der Beichte Eindruck zu machen, so irt er sich bedeutend. Beim denkfähigen Teil der Beichtfinder wird gerade das Gegenteil bezweckt, was bezüglich dieses besonderen Falls hier öffentlich festgestellt sei.

Eine peinliche Geschichte. In Nr. 85 des Ludwigschafener „General-Anzeiger“ vom 11. d. M. erfolgt das katholische Stadtpfarramt zur heiligen Dreifaltigkeit in Ludwigshafen folgende Erklärung:

Am allem mäßigen Gerede vorbeugen, gibt das unterfertigte Pfarramt die Erklärung ab, daß am Dienstag abend nach Beendigung des Abendvortrags in Folge eines verfaßten Abschlusses der Kirchenrenten durch den Kirchenrentner der hier in der Seelherge ansässige Herr Kaplan Wilhelm Hagen aus Gernersheim mit einer bei ihm beichtenden Frau in der Kirche eingeschlossen wurde, so daß er sich nicht anders als durch Ausgehen und Anschlagelassen einer Stelle aus seiner unzeitigen Zwangslage befreien konnte.

Es scheint demnach, daß die unfrommen Seelen von Ludwigshafen bereits allerlei mäßig geredet hatten.

Die verlorene Geldrolle. Ein heiterer Vorfall spielte sich am Steinweg in Koburg an. Ein Späzwart hatte sich den Scherz geleistet, in eine der bekannten Parierrollen, die mit dem Vordruck „M. 50 in 1-Markstücken“ versehen war, ein Sarcinisch von entsprechender Größe hineinzuwickeln und die Hülle zu verriegeln. Die Rolle legte er dann mitten auf die Straße. Es dauerte nicht lange, da kam ein junger Mann angeradelt, und im Vorbeifahren das „Wertobjekt“ mit scharfem Nadelblick erkennend, machte er sofort in kurzem Bogen Halt und sprach ab. Im gleichen Moment kam ein Mann mit einer Karre daher — gerade auf die Geldrolle zu. Während der Nadel sich bückte, diese aufzuheben, gab der Karrenschieber ihr mit dem Fuß einen Stoß, sie dann aushebend. Der Nadel forderte dann die Rolle als sein Eigentum, hoch und teuer versichernd, daß er das Geld eben von der Post geholt. Selbsterständlich wollte er auch einen Finderlohn gewähren. Der „eheliche Finder“ wollte, wie die „Saale-Zig.“ mitteilt, sich jedoch auf nichts einlassen, und die Lage hing daher an, gefährlich zu werden. Im Laufe der erregten Debatte wirkte der Mann die Rolle auf, und als nun die Hülle fiel, zeigte sich den Blicken der im gespannter Erwartung Umherstehenden in blendender Weise — die Kerze. Helles Gelächter. Schwindler! Betrüger! Lump! und dergleichen Schmeicheleien entzangen sich drohend den Lippen des wütenden Finders. Der Nadel aber, der ein entsetzlich dummes Gesicht schnitt, klemmte kleinlaut das Mad zwischen die Beine und verschwand.

Eine besondere Indianische Abteilung wird auf der Weltausstellung in St. Louis 1904 zu sehen sein. Sie soll ein überaus hübsches Bild der Verhältnisse, in denen die Indianer leben, und der Bemühungen der Vereinigten Staatenregierung um die Sezessionsmachung und Zivilisierung der noch lebenden Indianerstämme geben. Da-

Oesterreich.

Die Pfaffen gegen „Maria von Magdala“.

Das hieratische „Vaterland“ und die christlich-sozialen Antisemiten-Blätter sowie die hieratische Provinzpresse sprechen ihre Entrüstung darüber aus, daß die Aufführung von „Maria von Magdala“ in Wien nicht verboten worden ist. Sie greifen heftig den Ministerpräsidenten v. Körber und den männlichen Statthalter Grafen Jirovitz an und fordern das christliche Publikum auf, das Stück auszuspielen. Diesen Fanatikern wird nun wohl nichts übrig bleiben, als nach Preußen zu kommen, wo Minister von Hammerstein die Bühne vor jedem frischen Geisteszug bewahrt. —

Zwei fremde Staaten.

Im Abgeordnetenhaus erklärte am Dienstag in Verantwortung über Interpellation Schönerer betreffend die Stellung der Deutschen in Oesterreich zu dem Bündnisse mit Deutschland angefaßt des Verhaltens des Deutschen Reiches zu den Deutschen in Ungarn der Ministerpräsident. Da es sich um das Deutsche Reich einerseits und das Königreich Ungarn andererseits, also um zwei fremde Staaten handelt, siehe der Regierung gar kein Recht irgendwelcher Einmischung. Er erachtete die Delegationen als besser geeigneten Ort zu solchen Auseinandersetzungen. Dort würde sich wohl auch zeigen, ob wirklich alle Deutschen in Oesterreich geneigt seien, aus den von dem Interpellanten angeführten Gründen jenem Bündnisse ihre Unterstützung zu entziehen. —

Die slawischen Antisemiten.

Wie dem „B. T.“ aus Wien telegraphiert wird, führten die Christlichsozialen im niederösterreichischen Landtage wieder slawische Szenen auf. Die Christlichsozialen wollten die Wahl des freimütigen Bürgermeisters Schmidt von Linz zum Landtagsabgeordneten annullieren und erhoben deshalb schwere Beschuldigungen gegen ihn. Sie behaupteten ferner den Bezirkshauptmann und Kreisrichter von Sankt Pölten, ihre Antisemitik und die Justiz zu Gunsten Schmidts mißbraucht zu haben. Der Statthalter weist diesen Angriff zurück; die Christlichsozialen flüchten gegen die Kritik des Statthalters, bedrohen ihn mit Häufen, schreien ihm ins Gesicht und brüllen: „Abtreten! hinaus mit ihm! Sie sind ein bezahlter Beamter!“ Die christlichsoziale Majorität beschließt endlich die Annulierung des Mandats Schmidts. —

Franzreich.

Die Verbarrikadierung der Kartäuser-Mönche.

Die Kartäuser, vor deren in wilder Hast gelegenen Kloster der Polizeikommissar gestern mittags im Schneegestöber des Auflösungsbekrets verlesen hat, haben sich verbarrikadiert. Angeblich wird eine bewaffnete Macht achtzig Türen öffnen müssen, um bis zu den Mönchen zu gelangen. Der Journalist Pesson, der behauptet hat, Eduard Coubes habe ihn durch den Journalisten Verwoort gegen Zahlung von einer Million das Verbleiben der Kartäuser zugesichert, hat Paris wieder verlassen, nachdem der Untersuchungsrichter ihn vergeblich zu näheren Erklärungen zu bewegen versucht hat. Offenbar ist Pesson ein Schwindler. —

England.

Die irische Landvorlage.

Die Pächter und Landarbeiter von Ulster (Nordproving Irlands) waren am 15. April in Belfast versammelt, um sich über die am 25. März eingebrachte Vorlage betreffend Austausch der irischen Grundbesitzer auszusprechen. Die da geäußerten Ansichten waren der Vorlage nichts weniger als günstig. Die Redner meinten, die Maßregel franke vor allem an dem Umstande, daß sie freiwilligen Verkauf voraussetze. Keine irische Landbill könne die Pächter befriedigen, die nicht auf Zwangsverkauf aufgebaut sei. Ferner sei der Kaufpreis zu hoch; man könne die Vorlage eher eine Maßnahme zur Unterstützung der Grundbesitzer nennen. Schließlich sei für die Landarbeiter nichts geschehen. Die Konferenz faßte ihre Gesamt-Ansicht in folgendem Beschlusse zusammen: „Wir sprechen der Regierung den Dank aus für ihre Bemühungen, eine so schwierige Frage wie die irische Landfrage zu lösen. Wir sind aber der Meinung, daß dieser Zweck nur durch eine Bill, die auf Zwangsverkauf und Zwangskauf beruht, erreicht werden könnte. So lange eine derartige Bill nicht eingebracht wird, sollen die Pächter in ihrem Kampfe nicht nachlassen. Die finanziellen Bestimmungen der gegenwärtigen Bill sind den Pächtern ungünstig. Der Staatszuschuß (12 Millionen Pfund Sterling) sollte nicht dazu verwendet werden, die Einnahmen der Grundbesitzer zu schwellen, sondern den Kaufpreis, mit dem die Pächter zu belassen sind, herabzusetzen. Die Bestimmungen betreffend die Landarbeiter sind vollständig wertlos. Die landwirtschaftliche Wille Irlands verlangt, daß ernste und sogar dringende Maßnahmen ergriffen werden, den Landarbeitern das Eigentum eines angenehmen Heim zu sichern.“ Die Konferenz war der Ansicht, daß eine irische Anwendung der bisherigen Landgesetze den Pächtern mehr Vorteile gewähren könnte als die gegenwärtige Landbill. —

Spanien.

Weitere Unruhen.

In Cordoba fanden gestern Ausschreitungen der durch die anhaltende Dürre brotlos gewordenen Landarbeiter statt. Nach einer großen Manifestation erzwangen dieselben die Schließung aller Läden, Fabriken, Schulen usw. Sie bewarfen die Gendarmen mit Steinen. Da diese zu schwach war, um die Ordnung aufrechtzuerhalten, mußte der Belagerungszustand verhängt werden. Truppen werden bereitgehalten.

Anlässlich des sozialistischen Meetings in Gijon fand ein Zusammenstoß zwischen Sozialisten und Anarchisten statt. Ein Sozialist wurde getötet, mehrere verwundet. —

Türkei.

Neue Kämpfe in Makedonien und Albanien.

Nach einigen Tagen des Waffenstillstandes haben die Kämpfe wieder begonnen. So fand an der Grenze von Makedonien am Montag zwischen einer Bande von 500 Mann, die zum Teil bulgarische Uniformen trugen und einen Trupp von 30 Soldaten unzingelten, ein Gefecht statt, das den ganzen Tag über dauerte. Bis die Türken Verstärkungen aus Radowitsch und Strumnica erhielten. Die Bande wurde geschlagen. 9 Türken und 30 Mann der Bande sind gefallen. — Der „Frankf. Ztg.“ wird aus Konstantinopel gemeldet: Nicht unbekannt bleibt das relative Verhalten des französischen und des italienischen, und das gänzliche Verhalten des englischen Botschafters von jedem Rückschlusse an den Sultan in der kritischen Lage der jüngsten Tage.

Deutschland hat sich also wieder besonders als „Scharfacher“ herausgestellt und gegen Christen gehakt, nur um „die erste Geige im europäischen Konzert“ zu spielen. —

Marokko.

Das Verhalten der Europäer.

Aus Madrid wird dem „Berl. Tagebl.“ telegraphiert: Wälen Amrani und andre Flüchtlinge sollten sich nach Tanger geflüchten werden. Englische Sultansbeamte weigern sich, Hes zu verlassen, daher wollen auch die andern Europäer bleiben. —

Amerika.

Revolution in San Domingo.

Aus New-York wird dem „Volks-Anz.“ telegraphiert: In der neuesten blutigen Kämpfe in San Domingo blieben die Aufständischen Sieger. Der Minister des Innern Godova wurde getötet. Der Reichsfidant Vasquez ist abermals flüchtig; die Meldungen geben keine Regierung verloren. —

Keine politische Nachrichten. Bei Radowitsch im südlichen Makedonien kam es zu einem langen Kampfe zwischen 500 Jünglingen und türkischen Truppen, in dem schließlich die letzteren siegreich blieben. — Der König von Italien hat das Entlassungsgesuch des Ministers des Innern, Prinetti, angenommen. Prinetti wurde zum Rang eines Marquis erhoben. — Im Gouvernement Vessara bten fanden während der russischen Osterfeiertage erhebliche antisemitische Kundgebungen statt. — Die Russen haben Wukden und Kai-Yuen vollständig geräumt. —

Aus der Parteibewegung.

ac. Sozialismus in Japan. Wir teilten kürzlich mit, daß die „Labor World“, das Organ der sozialdemokratischen Partei Japans, ihren Namen in „Der Sozialist“ umgewandelt habe. Die soeben eingetroffene Nummer, die erste des neuen Namens, enthält einen Artikel des Genossen Katayama, in welchem derselbe die Gründe der Namensänderung darlegt. Wir entnehmen demselben folgende interessante Einzelheiten: Die „Labor World“ habe sieben Jahre bestanden und von Anfang an die Prinzipien des Sozialismus vertreten; insofern finde also eine Änderung nicht statt. Aber das Klassenbewußtsein der japanischen Arbeiter sei erwacht und genügend ausgebildet, um die Namensänderung vorzunehmen. Katayama legt jedoch weiter auseinander, wie man versucht habe, die japanische Arbeiterchaft zu bloßen Gewerksvereinen zu erziehen und sie mit bismarckischem Sozialismus zufrieden zu stellen. Das sei aber nicht gelungen; im Gegenteil, die Reihen der Sozialisten schließen sich immer fester. Zu diesem Erfolg habe u. a. besonders der Umstand mit beigetragen, daß ein engherziges Polizeigesetz die Entwicklung der Gewerkschaften direkt unterbinde. Unter diesem Gesetz sei es den Arbeitern sehr schwierig, für höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit zu agitieren, und Streiks seien fast zur Unmöglichkeit gemacht. Die Zustände werden von der Polizei im Interesse der Unternehmer unterdrückt. Die Arbeiter wurden so durch die herrschenden Gewalten selbst auf den Weg der Politik gedrängt, und hier sei auch die Möglichkeit vorhanden, eine ersprießliche Tätigkeit zu entfalten. Allerdings werde den Arbeitern noch immer das Wahlrecht vorenthalten, nichtsdestoweniger werde aber unaufhörlich für die Ausbreitung des Sozialismus gewirkt. Das neue Organ wird anstatt dreimal monatlich nur zweimal, dafür aber in größerem Umfange erscheinen.

Am Schlusse des Artikels wird noch mitgeteilt, daß zu Ostern (die betr. Ausgabe ist vom 3. März) in Osaka der erste Kongreß der japanischen Sozialdemokratie stattfinden werde. —

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 22. April 1903.

Wie man den Reservisten das Wahlrecht entzieht.

Bei der am Dienstag vormittag in Magdeburg abgehaltenen Kontrollversammlung wurde den anwesenden Mannschaften der Reserve-Artillerie mitgeteilt, daß sie am 16. Juni, also gerade am Tage der Reichstagswahl zu einer Uebung eingezogen werden würden.

Da Wilhelm 2., wie wir wiederholt hervorgehoben haben, ausdrücklich den Wunsch geäußert hat, bei der diesjährigen Reichstagswahl genau zu erfahren, wie das gesamte Volk eigentlich denkt, so scheint uns, daß die neueste Maßnahme der Militärverwaltung sich im Widerspruch mit den Wünschen und dem Willen des Kaisers befindet.

Hoffentlich wird der Reichstag noch rechtzeitig dafür sorgen, daß den Tausenden von Reservisten ihr oberstes politisches Recht nicht durch eine rein willkürliche Maßnahme der Militärverwaltung illusorisch gemacht wird.

Daß sich die Militärverwaltung derartiges überhaupt herausnehmen darf, ist für den Militarstaat Deutschland sehr bezeichnend. Aber einwilen ist wenigstens der Militarismus noch nicht Tramp! —

— Achtung, Parteigenossen! Es ist unbedingt notwendig, daß jedes Mitglied des Sozialdemokratischen Vereins heute abend 8 Uhr in der Generalversammlung im „Dreitaßerbund“ erscheint! —

— „Christlicher und sozialdemokratischer Hunger.“ Auf einer Gewerkschaftskonferenz für Rheinlands-Westfalen hat unter Genosse Snee, der Bergarbeiterführer und Reichstagskandidat für Bochum, den christlichen Gewerkschaften sehr mit Recht die Erbszenberechtigung abgefordert, weil es — wie er treffend bemerkte — nur einen Hunger, aber keinen christlichen oder sozialdemokratischen Hunger gebe. Diese Bemerkung gefaßt der „Magdeb. Ztg.“ ganz und gar nicht. Sie meint, es gäbe sehr wohl im Gegenteile zu dem christlichen einen sozialdemokratischen Hunger, nämlich den „Hunger nach“.

Der christliche Hunger ist der, der zunächst darauf gerichtet ist, das Leibe Nahrung und Kleidung zu decken. Der sozialdemokratische Hunger hat sich durch seine soziale Gesetzgebung bemüht, den Arbeitern nach Möglichkeit das Brot zu sichern, das Brot — d. h. das für den Lebensunterhalt notwendige und erforderliche. Die sozialdemokratischen Arbeiter machen es anders. Sie sorgen nicht, daß der Arbeiter möglichst schnell ein Stück Brot in die Hände bekommt, sondern sie halten ihm immer ein großes Stück Fleisch vor, damit der Hungerige danach schwärmen soll. Aber die Arbeiter können das Stück Fleisch nicht essen. Sie wollen es auch nicht geben. Sie wollen nur immer den Hunger sein. Die Vorgehensweise ist, sie wollen aus einem menschlichen einen Wolf machen und, in solchem Wolfshaut soll dann die beherrschende Weltanschauung zum Vorschein kommen. Die sozialdemokratischen Hungergeister nennen die sozialdemokratischen „Wolfskinder“ „sozialdemokratische“ „Klassenkämpfer“.

Tatsch ist an dieser Stelle nicht mehr wie alles. Jeder Arbeiter weiß heute, daß der Staat sich nicht die geringste

Mühe gibt, den Arbeitern das Brot zu sichern. Im Gegenteil! Mit Hilfe gerade der Partei, die der „Magdeb. Ztg.“ nahesteht, hat die Regierung in der Nacht zum 14. Dezember 1902 jenen Coup ausgeführt, der den Arbeitern das bisherige Brot, das ihnen bisher noch geblieben, in ungeheurer Weise verteuert! Die Regierung nimmt ja gerade den Arbeitern das „für den Lebensunterhalt notwendige und erforderliche“, indem sie dem Hungertarif ihre Zustimmung erteilt. Einfach erlogen ist es, und zwar bewußt erlogen, daß sozialdemokratische Führer den Arbeitern das Stück Brot vorenthalten. Gerade sie sind es, die durch die Gewerkschaften und politischen Arbeitervereine jeden Vorteil für die Arbeiter auszunutzen bestrebt sind. Wir nehmen stets und überall, wo es möglich ist, das Stück Brot, wenn wir das Stück Fleisch nicht erhalten können. Wer das Gegenteil behauptet, muß eben die Kühnheit eines Redakteurs der „Magdeb. Ztg.“ besitzen. —

— Sozialdemokratie und Handwerker. Eines der vielbeliebten Märchen im Wahlkampf ist das, die Sozialdemokraten wollten den Mittelstand „ruinieren“. Hundertmal ist das widerlegt. Trotzdem wärmt heute auch das Magdeburger „Weltblatt“ das Märchen wieder auf, mit dem bestimmten Zweck, die einsichtigen unter den Handwerkern gegen die Sozialdemokratie aufzuheizen. Da hatte unser Hamburger Bruderblatt geschrieben: „Graf Posadowsky war eben einmal wirklich auf der richtigen Fahrt, als er andeutete, daß das Handwerk seine Rolle ausgespielt habe. Dagegen ist kein Kraut gewachsen, mögen die Handwerksmeister das noch so sehr beklagen. Der einzige vernünftige Rat, den man den Handwerkern geben kann, ist, sich zu bemühen, redlich die moderne Zeit mit ihren Anforderungen verstehen zu lernen, zu begreifen, daß für alle volkswirtschaftlich entscheidenden Arbeitszweige die Zeit der Kleinarbeit vorüber ist.“

Dagegen ereifert sich das Blatt in der Wahnhofstraße und zitiert höchst ungeschickt Engels und unser Dresdener Bruderblatt, und um die ganze ruchlose „Handwerkerfeindschaft“ der Sozialdemokratie zu beweisen, zitiert das Blatt den ersten Satz unseres Erfurter Programms, welcher lautet: „Die ökonomische Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft führt mit Notwendigkeit zum Untergang des Kleinbetriebes.“

Dadurch also, daß wir nur aussprechen was ist, also reine Tatsachen, sollen wir das Handwerk „ruinieren“! Die „Magd. Ztg.“ sollte beherzigen, was ein gewisser Wolfsgang v. Goethe in Faust sagt: . . . ich rat euch drum: Zuerst collegium logioma. Denn so dum, wie dieses Blatt annimmt, sind denn doch keine Handwerker. Sie selbst sind ja gerade diejenigen, die, soweit sie nicht gänzlich durch antisemitische Phrasen vermagelt sind, obige sozialdemokratische Zitate offen und ehrlich als wahr bestätigen! —

— Das Magdeburgische Train-Bataillon Nr. 4 feierte am Dienstag das Fest seines fünfzigjährigen Bestehens. Aus diesem Grunde bemerkte man gestern viel Leute von außerhalb, die früher beim Regiment gedient und hergekommen waren, um an der Feier teilzunehmen. Herr Konfistorialrat Dr. Hermes hielt die Festrede. Des armen Trainvolkaten Friedrich Heyer aus Dursuri, der infolge der ihm zu teil gewordenen Mißhandlungen seitens des Unteroffiziers Karl Wiedemann den Tod im Wasser gesucht und gefunden hat, wurde an diesem Tage nicht gedacht. —

Letzte Nachrichten.

(„Herald“, Deutsches-Bureau)

Wien, 22. April. In den gestern abend stattgefundenen acht massenhaft besuchten, von den Sozialisten einberufenen Arbeiterversammlungen wurde gegen die Ausgleichsvorlage und die aus dem neuen Posttarif drohende Lebensmittelerhöhung Entschlossenheit genommen. Weiter kündigten die sozialistischen Abgeordneten an, daß sie sich einschließen hätten, vom nächsten Dienstag an gegen die Verhandlungen der neuen Geschäftsordnung im Parlament mit Obstruktion einzugehen. —

London, 22. April. Die Morgenblätter bringen Telegramme aus Victoria über den gestrigen Ausmarsch des Prozesses gegen die Mörderin in Victoria. Tausende wurden zum Tode verurteilt. —

Glasgow, 22. April. Die Idee eines Schiedsgerichtes zwischen Frankreich und England zur Beilegung künftiger Konflikte zwischen beiden Nationen macht immer größere Fortschritte. Gestern fand eine Versammlung von Geschäftsleuten und Industriellen statt, worin beschlossen wurde, alles daran zu setzen, um eine dauernde Verhandlung zwischen beiden Völkern zu erzielen. —

Rom, 22. April. Die Blätter veröffentlichen einen Brief des Pariser Charakteres Gabriel Monod, in welchem dieser erklärt, daß Trotski niemals den in San Remo verbotenen Leutnant Wajfel und dessen Gattin gefasst habe. Was sei nur eine Intrigue der Nationalisten. —

Paris, 22. April. 1500 von 3700 Arbeitern, welche zur Beilegung der Eisenbahnen erforderlich waren, haben die Arbeit wieder aufgenommen. Die Versäuberer jedoch nicht, die fortwährend Todesdrohungen von den Streikenden gegen sie ausgesprochen werden. —

Sieds (Schweiz), 22. April. Auf der Schiffschiff-Gesellschaft wurde zwischen Sarnsburg und Göttingen der Seemanns-Verband von einem Gutserbe erlegt und verurteilt. Der Tod trat sofort ein. Der Seemannsverband wurde getötet und vier Kinder. —

Sieds (Schweiz), 22. April. Ein Arbeiter wurde gestern nachmittag in dem Dampfschiff „an der See“ getötet. Der Tod trat sofort ein. Der Seemannsverband wurde getötet und vier Kinder. —

Dresden, 22. April. (Die. Dresden.) Das Reichliche Innenministerium hat beschlossen, von der gestrigen kaiserlichen Verlesensartikels No. 1000 abzugehen, da eine Revision: Versuchs nicht zu erlangen gewesen war. Der Fall bleibt unbenommen unbenommen. Nur für die Reichsministerien wird eine Revision: Versuchs nicht zu erlangen gewesen war. Der Fall bleibt unbenommen unbenommen. —

Paris, 22. April. (Die. Dresden.) Der Senat hat beschlossen, sich nicht an der Regierung zu beteiligen. Maßnahmen zu treffen, um die unbenommen Konventionen zu erfüllen. Der Senat hat beschlossen, sich nicht an der Regierung zu beteiligen. Maßnahmen zu treffen, um die unbenommen Konventionen zu erfüllen. —

Einladung

General-Versammlung

am Sonnabend den 25. April, abends 8 1/2 Uhr im Saale des Herrn Strumpf.

Tagesordnung:

- 1. Geschäftsbericht. 2. Statutenänderung. 3. Beschlußfassung über Enthebung eines Vorstandsmitgliedes vom Amte. 4. Mietung von Geschäftslokalitäten event. Verkauf eines Grundstücks. 5. Bericht und Beschlußfassung über die stattgefunden amtl. Revision. 6. Beschlußfassung über Austritt aus dem Allgemeinen Verband und Beitritt zum Gesamtverband deutscher Konsum-Vereine und dem Unterverband mitteldeutscher Konsum-Vereine.

Der Zutritt zur Versammlung ist nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches gestattet. Der Aufsichtsrat. 3. A.: Friedrich Stridde, Vorsitzender.

Kohlen-Einkaufs-Vereinigung. Aus vorliegenden Kohlen liefern wir nach amtlichem Gewicht unsere vorzüglichen Prima Karbiker Stückkohlen 51 Pf. ab Kohn, 57 Pf. frei Haus, 61 Pf. frei Keller; Prima Mariasheimer Stückkohlen 59 Pf. ab Kohn, 65 Pf. frei Haus, 69 Pf. frei Keller.

Liederbuch für Arbeiter-Radfahrer-Vereine. Herausgegeben vom Verlag des „Arbeiter-Radfahrer“, Karl Berg in Halberstadt. Preis 20 Pfg. für jeden Radfahrer unentbehrlich!

Städtische Arbeitsnachweisstelle unentgeltlich Magdeburg. Kostenlose Vermittlung von männlichen und weiblichen Arbeitskräften, sowie fernerem Personal nach hier und auswärts.

Emile Zola. Wir empfehlen folgende billige Volksausgaben der bekanntesten Romane des verstorbenen französischen Romanisten Zola: Über die Raquin, 157 Seiten kost. Liebesblätter, 205 Seiten kost. Das Schicksal eines Jünglings, 165 Seiten kost. Madeline Féral, 268 Seiten kost. Die Lebensfreude, 262 Seiten kost. Die Erziehung von Blanche, 329 Seiten kost. Das Glück der Familie Aragon, 185 Seiten kost. Der Zerschläger, 282 Seiten kost. Das Schicksal einer Frau, 198 Seiten kost. Märchenbuch der großen Liebe, 190 Seiten kost.

Kauf Kredit! Kleiderchränke, Sessels, Bettstellen mit Matratzen, Sofas, Kurischen Vertikons, Stüchenschränke. S. Osswald, Alte Ulrichstraße 11.

Wasserdichte Bett-Unterlagen-Reste für Erwachsene 70 Pf. für Kinder 10 Pf. Irrigator komplett mit Zubehör von 1.25 Mk. an.

Hugo Nehab Spezial-Geschäft für Gummiwaren, Wachs, Leinwand, Johannisbergstr. 2 gegenüber dem Rathaus-Kolonnaden.

Zur Probe! Einmal probieren Sie auch unsere gute Schere. Preis 1.00 Mk. für 100 Stück.

Tapeten und Sorten. Friedr. Bock, Fabrik, Chemnitz, i.S. Butterzwieback. Schließstedts Kreditverein, Zadenburg.

Pflaumenmus anerkannt beste Qualität. Gustav Köhler, Pflaumenmusefabrik, Leipzigerstr. 14.

Gross-Ottersleben für Magenleidende! E. Belz, Halberstädterstr. 37.

Sudenburg Das größte und billigste Brot. Bruno Hennig, Schöningerstr. 17/18.

Küchenzettel der Magdeburger Volksstimme. Donnerstag: Nudeln mit Rindfleisch, Freitag: Braunkohl, Samstag: Nudeln mit Rindfleisch.

Hoher Heberverdraß! Suche an jedem Ort Leute, welche den Vertrieb hochleg. Neuh. nebenbei übernehmen.

Morgen: Schlachtefest. Gottlieb Schweitzer, Halberstädterstr. 9.

Heute Donnerstag Schlachtefest. Adolf Meyer, 885 Markt, Markthaldebenenerstr. 25.

Stadt-Theater. Donnerstag den 23. April 1903. Der Barbier von Sevilla.

Todes-Anzeige. Marianne Heynd geb. Schuler.

Stets vorrätig: Buchhandlung Volksstimme, Magdeburg, Jakobstraße 49.

Stoffenspiegel. Preis gebunden 4 Mark. Konfiziert gewesen.

Wir suchen für unsere Kolonialwaren usw. Verkaufsstelle zum baldigen Antritt, spätestens 1. Juli, verh. verantwortlichen Verkäufer.

Wieder vorrätig: Lesebuch für Bürgerschulen. Dietlein-Schumann 2. Teil, 3. Teil, 4. Teil.

Rechenbücher u. Sprachschulen. Neue Makart-Zeichenblocks mit den dazu gehörenden Utensilien.

Gewerkschafts-Sekretariat Magdeburg. Große Mühlstraße 1a. Kostenlose Auskunft mittags von 12-1, abends von 5-7 Uhr.

Standesamt. Magdeburg, 20. April. Heirat: Marie geb. Heyer, Witwe d. Steuerinspektors a. D. Treumann.

Geburten: Erna, E. des Tischlers August Frey, Albert, E. des Schmieds Franz Stanwald.

Todesfälle: Arbeiter Gustav Berlich, 22 J. 8 M. 8 T. Fr. S. des Schiffbauers Joh. Vogel.

Heirat: Friedrich Wilhelm Hasehuhn mit Anna Marie Dorothea Wöbes in Niederbodeleben.

Geburten: Willi, S. des Heizers Wilhelm Kirchner, Helmut, E. des Tischlers Hermann Braun.

Todesfälle: Arbeiter Gustav Reinmann, 72 J. 3 M. 15 T. Helene, E. des Arbeiters Gustav Schmidt, 1 J. 6 M. 7 T.

Heirat: Kaufmann Martin Kleinewitter mit Meta Kleinewitter.

Geburten: E. des Schmieders August Friedrich, E. d. Arbeiters August Schild.